

HOAG

HÜTTENW

PATINAX

echo
der
arbeit

Hüttenwerk Oberhausen AG

juni'68

echo der arbeit

juni 1968

inhalt

Letzte Meldung

Nach Redaktionsschluß ging noch folgende Meldung bei uns ein: Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat am 19. Juni 1968 den Antrag der August Thyssen-Hütte AG genehmigt, die Kapitalmehrheit der Hüttenwerk Oberhausen AG zu übernehmen. Gleichzeitig hat sie ihre Zustimmung erteilt, daß die HOAG aus dem Walzstahlkontor Nord ausscheidet und in das Walzstahlkontor West eintritt.

Zu unseren Titeln:

Wie eine supermoderne Orgel wirkt der neue HOAG-Stand auf der Hannover-Messe. In drei Pylonen von je fast 18 m Höhe sind die verschiedensten Profile und Rohre aus witterungsbeständigem Stahl zusammengefügt worden. Näheres über die Beteiligung der HOAG an der diesjährigen Hannover-Messe lesen Sie auf Seite 7. Das farbige Titelfoto stammt von unserem Fotografen Walter Steinbrink, ebenso der Rücktitel, der einen Schlackenkegel zeigt

echo der arbeit, Werkzeitschrift der
Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft

Verantwortlich: Direktor Friedel Kübel

Redaktion: Adolf Knop,
Mitarbeiter: Caren Straeter (Layout),
Walter Steinbrink (Fotografie)

Anschrift der Redaktion:
42 Oberhausen, Essener Straße 66,
Telefon: (0 21 32) 24 68 44 47 sowie die
Nebenanschlüsse 42 67 und 42 99

Druck bei VVA in Oberhausen (Rheinland)

Bericht über die HOAG-Hauptversammlung	3
„Rostige Angelegenheit“ auf der Hannover-Messe HOAG demonstrierte ihre witterungsbeständigen Stähle	7
Witterungsbeständiger HOAG-Stahl auch im Bergbau	9
Diskussion über Vermögensbildung	10
Gutachten empfiehlt überbetriebliche Ertragsbeteiligung	12
Von Ufer zu Ufer Aktualitäten und Historien vom Gelsenkirchener Werk	13
Mini macht schön Eine lustig-nachdenkliche Geschichte über kurze Röcke	16
Betriebskrankenkassen hatten ein gutes Jahr	18
In der Krankenversicherung: Arbeitgeberanteil auch nach Überschreiten der 900-Mark-Grenze?	19
Sozialpolitische Nachrichten	21
Arbeitnehmer in Japan	23
Mit einem Blick	24
Die gute alte Zeit war auch nicht ruhig	26
Wenn es knallt, ist es zu spät Die HOAG-Sicherheitsbeauftragten tagten	27
Kurz berichtet	28
Trampelpfade quer durchs Grün Eine „Gardinenpredigt“ der Wohnungsgesellschaft Dümpten	28
Der neue Betriebsrat in Gelsenkirchen	29
Die HOAG im Spiegel der Presse	30
Gelesen — notiert	30
Humor: Immer diese Minimädchen	31

Curtius: HOAG hat in der Zukunft gute Chancen!

Die für ein Zusammengehen des Hüttenwerks Oberhausen mit der August Thyssen-Hütte sprechenden Gründe sind wirtschaftlich überzeugend. Von dieser Tatsache ist es nicht weit bis zu der Einsicht, daß eine Maßnahme, die wirtschaftlich richtig ist, im Interesse aller mit dem Unternehmen Verbundenen liegt. Das erklärte der HOAG-Aufsichtsratsvorsitzende Wolfgang Curtius am 16. Mai in der Hauptversammlung unserer Gesellschaft vor rund 600 Aktionären in der Oberhausener Stadthalle. Natürlich bedinge ein solcher Zusammenschluß manche Veränderung, Neuorientierung, Um-disposition und auch Stilllegung Vermutungen, die Entscheidung der Thyssenhütte zur Fusion mit der HOAG sei in der Absicht getroffen worden, das gesamte Oberhausener Werk stillzulegen, wies Curtius entschieden zurück und betonte: „Dieses Werk mit seiner alten Tradition wird nicht als Quote verkauft!“





In einer Zeit, wo die Arbeitskräfte wieder rar zu werden beginnen, wird auch das Problem von Umsetzungen und Freistellungen erfreulicherweise kleiner, meinte Curtius. Es erleichtere sich selbstverständlich auch vieles in einem Konzern, der demnächst über 100 000 Arbeitskräfte in seinen Reihen zählen wird. Arbeitsplatz sei aber nicht immer gleich Arbeitsplatz. Schon innerhalb der HOAG hätten in der Vergangenheit Umlegungen von einem Betrieb zum anderen Schwierigkeiten bereitet, weil es sich bei dem Platzwechsel nicht immer um ein und dieselbe Facharbeit handele. Um dieser Schwierigkeit Herr zu werden, um die Arbeitsplatzwechsel zu erleichtern, habe die HOAG nun etwas unternommen, was sich angesichts des vielfachen Strukturwandels in der Wirtschaft sicherlich zur Nachahmung empfehle: Der Bau eines Umschulungszentrums, in dem Belegschaftsmitglieder für andere Facharbeit ausgebildet werden können. Die

Errichtung dieses Umschulungszentrums in Oberhausen nannte Curtius gleichzeitig ein Zeichen dafür, daß die HOAG mit ihren alten angestammten Mitarbeitern weiterhin zusammenarbeiten wolle.

Daß die bei der HOAG tätigen Menschen und verkörperten Werte nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden, sei auch die klare Grundlage bei den Verhandlungen mit der Thyssenhütte gewesen, sagte Curtius. Mit Dank und Anerkennung könne jetzt festgestellt werden, daß diese Einstellung bei den Vertragspartnern nicht nur volles Verständnis gefunden habe, sondern daß die ATH auch selbst nichts anderes gewollt hätte. Darüber hinaus sei es die grundsätzliche Auffassung der ATH, daß man nicht die gesamte Produktion in einem Riesenwerk an einer einzigen Stelle konzentrieren dürfe. Eine solche Konstruktion wäre viel zu anfällig. Gerade der Thyssen-Konzern gebe ein gutes Beispiel dafür, wie man das, was einmal gewachsen ist, an



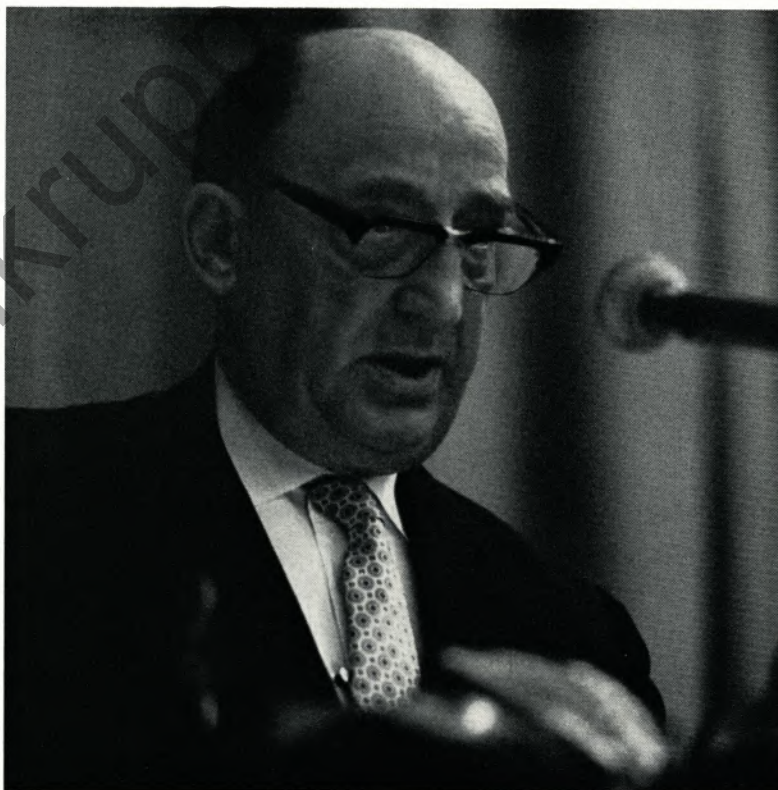
Curtius: Wetteifer und Wettbewerb . . .



seiner Stelle und in seiner Umgebung bestehen lassen und wie man durch sinnvolle Spezialisierung und gegenseitige Ergänzung im Verbund die höchste Leistung erreichen könne.

Die ATH erkenne im übrigen die Anlagen in Oberhausen als viel zu wertvoll an, so betonte Curtius, als daß man es verantworten könnte, sie etwa nicht zu nutzen. Das gelte zwar nicht für alles bei der HOAG, aber wenn in Oberhausen weitergemacht werden solle, wie es Wunsch, Wille, Absicht und Absprache sei, dann müßte sich das in einer ausgewogenen Produktion und in einem Umfang vollziehen, der der Größe des vorhandenen Werks entspricht.

Auf der Grundlage dieser übereinstimmenden Ansichten sind, wie Curtius mitteilte, die Möglichkeiten technischer Ergänzung sehr gründlich geprüft worden. Es werde abgestimmt, was besser hierher nach Oberhausen verlegt werden könne und was vorteilhafter im Thyssenbereich produziert werden



Siering: . . . sichere Arbeitsplätze!

solle. Das zunächst vorgesehene Programm von Liefer- und Lohnwagevereinbarungen laufe und müsse seine Güte beweisen.

Daß die beiderseitigen Werksinteressen gleichgewichtig behandelt wurden, habe sich daran gezeigt, daß nicht allein die Betriebsvertretung in Oberhausen ihre Sorgen über mögliche Benachteiligungen zum Ausdruck brachte; auch im Thyssenbereich seien Belegschaften bei ihrer Betriebsführung vorstellig geworden und hätten sich erkundigt, wer denn eigentlich hier wen übernehme.

Die Zusammenarbeit bezeichnete Curtius als eine permanente Aufgabe. Es werde sicherlich noch manche Meinungsverschiedenheit darüber geben, was am zweckmäßigsten an welchem Platz hergestellt wird. Ein gewisser Betriebssegoismus sei dabei durchaus gesund, wenn er dem Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit entspringe. Auch innerhalb eines Konzerns gebe es Wetteifer und Wettbewerb. Die Oberhausener brauchten ihn nicht zu scheuen.



Die Reihe der Manager auf der HOAG-Hauptversammlung (von rechts): GHH-Vorstandsvorsitzer Dr. von Menges, ATH-Vorstandsvorsitzer Dr. Sohl, ATH-Vorstandsmitglied Dr. Risser, Vorstandsvorsitzer Dr. Kürten von der Niederrheinischen Hütte und Niederrhein-Vorstandsmitglied Dr. Krebs. In der zweiten Reihe rechts hinter Dr. Sohl: ATH-Vorstandsmitglied Prof. Dr. Brandi

Sie hätten auf dem Gebiet der Stahlgewinnung und Verarbeitung so manchen beachtlichen Beitrag geleistet. Curtius erinnerte daran, daß zum Beispiel die grundlegenden Arbeiten, auf denen das Blasstahlverfahren fußt, in unserer Hütte entstanden sind. Aber gerade auch in jüngster Vergangenheit sei in Oberhausen manche neue Idee entwickelt und in die Tat umgesetzt worden, so etwa die neue Methode der Drahtvergütung mit dem Wirbelschichtverfahren. Eine andere Verbesserung betreffe die Chargierung der Siemens-Martin-Öfen. Schließlich hoffe die HOAG, mit dem bei ihr entstandenen Purofer-Verfahren einen wesentlichen Fortschritt in der Direktreduktion von Erz zu Eisen zu ermöglichen.

„Ich glaube“, so schloß Curtius seine Ausführungen, „daß dies Beweise geistiger Lebendigkeit und betrieblicher Wendigkeit sind, die ein gutes Entree bei der Thyssenhütte sichern. Ich bin also nicht bange darum, daß das Hüttenwerk Oberhausen

bei dem Wettrennen in die Zukunft gute Chancen hat. Die Oberhausener Hütte hat die Hanielschen Farben zu manchem Erfolg getragen. Möge sie das beste Pferd im Stalle Thyssen werden!“

HOAG-Vorstandssprecher Otto-August Siering stellte seinen Ausführungen die Feststellung voran, daß das abgelaufene Geschäftsjahr sowohl für Kohle als auch für Stahl schlecht gewesen sei. So hätten sich die in unserer letzten Hauptversammlung gehegten Hoffnungen auf eine Besserung nicht erfüllt, weder beim Bergbau noch bei der Hütte. Zum bevorstehenden Zusammenschluß mit der ATH sagte Siering, es ergäben sich optimale Möglichkeiten, die sich schon jetzt, in der ersten Zeit der Zusammenarbeit, erfolgversprechend auswirkten. Mit Billigung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften habe seit Oktober des vergangenen Jahres eine Verstärkung der beiderseitigen Lohnweltaufträge zwischen der Thyssen-Gruppe und der HOAG einge-

setzt. Die sich daraus ergebenden Rationalisierungserfolge zeichneten sich bereits ab: In Oberhausen seien die Kaltbandadjustage und die 750er-Straße stillgelegt worden. Den Überschuß an Roheisen in Oberhausen — bei vollem Ausfahren der Hochofenanlage II — habe die ATH übernommen; bis Ende April 1968 seien 178 857 t nach Hamborn gefahren worden. Seit September werde in Oberhausen für die Niederrheinische Hütte zusätzlich Draht gewalzt, zunächst bis zu 5 000 t monatlich. Ferner werde die Auslastung unserer Feineisenstraße durch Übernahme eines Produktionsanteils der ATH verbessert.

Besondere Bedeutung werde bei der HOAG der Poolung der geistigen Kapazität beigemessen, betonte Siering. Das Forschungsinstitut solle in dem neuen Rahmen wichtige Aufgaben übernehmen. Auch für das Drahtwerk Gelsenkirchen, das im abgelaufenen Geschäftsjahr ebenfalls unter dem Konjunkturrückgang zu leiden hatte, würden sich neue, größere Lösungsmöglichkeiten ergeben. Zusammenfassend könne gesagt werden, die ersten Erfolge ließen erkennen, daß die gemeinsame Schätzung eines Rationalisierungserfolges von 40 Mill. DM bis 50 Mill. DM im Jahr und die Investitionsersparnisse von 150 Mill. DM durchaus real seien.

Aber nicht nur die Zusammenarbeit mit der ATH, auch die seit Ende des vergangenen Jahres einsetzende Konjunkturbelebung lasse einen bescheidenen Optimismus zu, erklärte Siering. Der Gesamtumsatz des Unternehmens sei im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Geschäftsjahres 1966/67 um rund fünf Prozent gestiegen. Diese Zahl habe jedoch wegen der inzwischen eingeführten Mehrwertsteuer keinen uneingeschränkten Aussagewert.

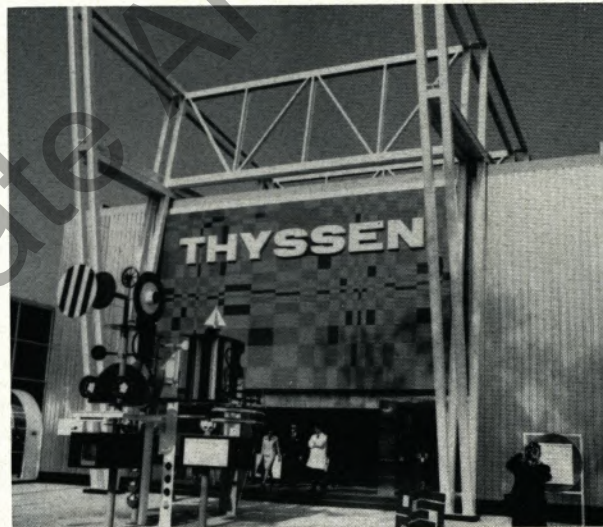
In einem Ausblick meinte Siering, daß bei der geschilderten leichten Besserung im Bergbau und bei der Hütte anzunehmen sei, daß sich dieser Anstieg auch im Ergebnis des laufenden Jahres niederschlagen wird. Außerdem werde erwartet, daß unser Unternehmen im Zusammenschluß mit der ATH an der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen wird und seiner Belegschaft sichere Arbeitsplätze gibt.



„Rostige Angelegenheit“

**auf der
Hannover-Messe**

Mit einer eindrucksvollen Demonstration der witterungsbeständigen Stähle COR-TEN und PATINAX 37 hat sich die HOAG an der diesjährigen Hannover-Messe beteiligt. In einem neu geschaffenen Ausstellungsstand im Freigelände waren dafür drei Pylone von je fast 18 m Höhe errichtet worden. Als Material wurden etwa 50 Tonnen witterungsbeständigen Stahls verwendet, praktisch ein Querschnitt durch unser Erzeugungsprogramm an COR-TEN und PATINAX 37.



In den ersten Pylon sind geschweißte und nahtlose Rohre von 152 mm bis zu 508 mm äußerem Durchmesser verarbeitet worden. Der zweite Pylon besteht aus Trägerverbunden mit aufgesetzten Trapezflächen, der dritte aus einer größeren Anzahl verschiedener Form- und Stabstähle.

Diese ungewöhnlich „rostige Angelegenheit“ inmitten feiertäglich glänzender Ausstellungsstände zog natürlich immer wieder die Aufmerksamkeit auf sich. So waren schon kurz vor der Eröffnung mehrere Interessenten erschienen. Es waren Malermeister, die sich angeboten hatten, die nach ihrer Ansicht noch nicht ganz fertigen Pylone anzustreichen. Und nach diesem kuriosen Auftakt riß während der Ausstellungstage vom 27. April bis zum 5. Mai die Kette der Besucher nicht mehr ab.

Ebenso stark war das Interesse der Tages- und Fachpresse. Die HOAG-Pressabteilung hatte im „Internationalen Treffpunkt“ des Messegeländes

zu einer Pressekonferenz über die witterungsbeständigen HOAG-Stähle eingeladen. Dieser Einladung waren rund 50 Journalisten gefolgt. Nach Referaten von Dr. Neuhaus und Dr. Lorenz und nach der Vorführung einer Reihe interessanter Dias entwickelte sich eine äußerst lebhaft diskutierte, bei der letzte Unklarheiten ausgeräumt werden konnten. Das gespannte Interesse der Journalisten zeigt das Bild am Kopf dieser Seite.

Ein weiterer Schritt auf der Hannover-Messe zur Popularisierung unserer witterungsbeständigen Stähle war schließlich eine in der Presseabteilung hergestellte Druckschrift mit dem Titel „der besondere stahl“. Diese Schrift befaßt sich in Beiträgen von Dr. Neuhaus, Dr. Lorenz und Dr. Birker, Dipl.-Ing. Becker und Dr. Degenkolbe eingehend mit COR-TEN und PATINAX 37. Die mit mehrfarbigen interessanten Illustrationen versehene Schrift ist vor allem zur Information ernsthafter Interessenten gedacht.

Neue Möglichkeiten für den Werkstoff Stahl

Wie sah es nun auf den Ausstellungsständen anderer Firmen unserer Branche aus?

In den Pavillons, auf dem Freigelände und in den einzelnen Hallen, in denen die Unternehmen der deutschen Stahlindustrie ausgestellt haben, wurde für den Besucher der Messe deutlich, wie fortschrittlich und anpassungsfähig die einzelnen Firmen in der Produktion und gegenüber dem Marktgeschehen sind. Sie verbessern nicht nur ihr Produktionsprogramm, sondern sind in immer stärkerem Maße bestrebt, dem Werkstoff Stahl neue Anwendungsgebiete zu erschließen. Bei vielen Konstruktionen und Erzeugnissen zeigte sich, daß die verschiedenartigen Werkstoffe sich zweckmäßig kombinieren lassen und damit auch dem Stahl neue Möglichkeiten bieten. Uns interessiert natürlich besonders die Thyssen-Gruppe.

Das „Haus Thyssenstahl“ hatte in diesem Jahr einen besonders attraktiven Charakter. Neben



Witterungsbeständiger HOAG-Stahl auch im Bergbau

Der witterungsbeständige HOAG-Stahl COR-TEN ist neben den bereits bekannten Verwendungszwecken im Hoch- und Tiefbau auch ein ausgezeichnetes Material für den Grubenausbau. Das beweisen Luftrohrleitungen und andere Anlagen aus COR-TEN in einem Schacht der Gewerkschaft Sophia-Jakoba in Ratheim (Bez. Aachen). Diese COR-TEN-Elemente — im wesentlichen Ringzüge aus den U-Profilen UW 300/75/10 mm, U 300/100/10 mm und U 300/104/14 mm — sind 1961 ohne Oberflächenschutz zum Bau des Schachtzylinders bis zu einer Tiefe von 300 m verwendet worden.

Eine Überprüfung nach siebenjähriger Abwitterung bestätigte

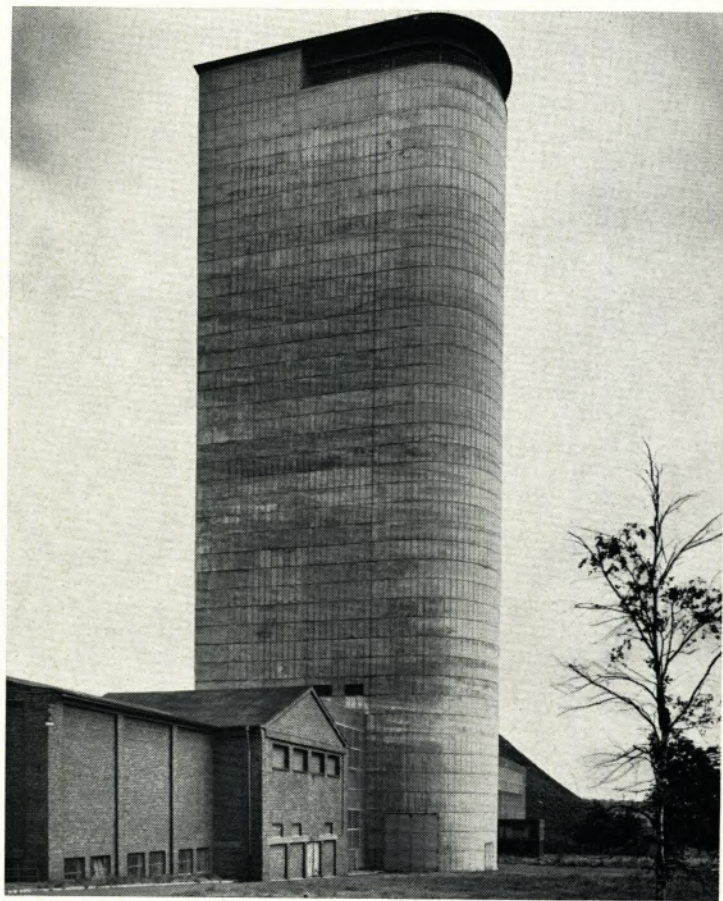
jetzt, daß sich der witterungsbeständige COR-TEN-Stahl auch unter so extremen Verhältnissen wie im Bergbau von selbst vor dem Verrosten schützt. Obwohl in dem Schacht bis zu einer Tiefe von 200 m mit Einfluß von Süßwasser und darunter mit salzhaltigen Grubenwässern zu rechnen ist, befand sich bei der Nachprüfung die gesamte Zylinderwand in einem tadellosen Zustand. Auf der ganzen Fläche hatte sich die schützende COR-TEN-Haut gebildet. Auch an den Stellen, an denen die Ringe aufeinander geschraubt sind, waren keine Rostschäden festzustellen. Nach diesem Befund ist geplant, COR-TEN auch in einer Reihe anderer Bergbauobjekte einzusetzen.

der Ausstellung von Neuentwicklungen, die in jedem Jahr gezeigt werden, fanden diesmal anwendungstechnische Vorführungen statt, so etwa Schweißen, Lötten, Kleben und Verformen von Stahlblech. Auf diese Weise erhielt der Pavillon ein werkstattähnliches Aussehen und wurde zu einem Anziehungspunkt für die Messebesucher. Eine wesentliche Hilfe für die Besucher des Hauses Thyssenstahl war das neue Informationszentrum, in dem Fachberater den Messegästen zur Diskussion und Unterrichtung zur Verfügung standen.

Auf ihrem Stand an der Stahlstraße stellte die Thyssen Röhrenwerke AG in diesem Jahr das Thema Kerntechnik heraus. Zu diesem Zweck wurde in der Halle das Verfahrensschema eines Kernkraftwerkes gezeigt. Besonders auffällige Ausstellungsstücke waren hier ein Kühlkondensator, eine Rohrschlange für die Aufbereitungsanlage im Kernforschungszentrum Karlsruhe so-

wie schließlich Ofenrohre für Industrieöfen, in einem Stück gezogen auf 24 m Länge.

Überblick über die vielseitigen Anwendungsmöglichkeiten von Edelstahl wurde im Pavillon der Deutschen Edelstahlwerke AG gegeben. Auch hier demonstrierte man mit praktischen Vorführungen die rationelle Verarbeitung. Unter den Ausstellungsstücken waren die hervorstechenden Neuentwicklungen die längste präzisionsgeschmiedete Dampfturbinschaufel der Welt, bestimmt für das Kernkraftwerk Würgassen, und das bislang größte Feingußteil mit 600 mm ϕ und 380 mm Höhe für das Eintrittsgehäuse eines Stahltriebwerkes. Einen besonderen Anziehungspunkt bildeten ferner metergroße kinetische Plastiken des Stuttgarter Grafikers Hans Geipel, die in unkonventioneller und bestechender Form Lieferformen und Oberflächenausführungen von Edelstahl-Erzeugnissen zum Ausdruck brachten.



Diskussion über Vermögensbildung

In diesem Jahr soll nach dem Willen des Bundeswirtschaftsministers Prof. Karl Schiller in der „Konzertierten Aktion“ auch über Möglichkeiten der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gesprochen werden. Die Aussichten, daß es dabei zu konkreten Vereinbarungen kommt, sind aber nicht sehr groß. Zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände sind die Auffassungsunterschiede zur Zeit immer noch beträchtlich, denn gerade im Grundsatz gehen die Zielvorstellungen auseinander.



Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht in der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eine zu Lohn und Gehalt zusätzlich gegebene Leistung der Arbeitgeber und betrachtet alle Anlagen, wenn auch noch so prämiengünstig, als Formen der Sparförderung, soweit sie vom bereits verdienten Geld gemacht werden (wie beim 312-Mark-Gesetz). Die Arbeitgebervereinigung dagegen geht in jedem Fall und gerade von dem bereits verdienten Geld aus und will damit auch ihre Forderung auf Freiwilligkeit aufrechterhalten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund betrachtet den „Gleitze-Plan“ immer noch als Grundlage seiner Zielsetzung und seiner Forderungen. Grundprinzip dieses Plans ist die Abgabe eines Teils der Betriebsgewinne an einen allgemeinen Fonds, für den alle Arbeitnehmer — gleichgültig, wo sie arbeiten — Anteilscheine erhalten.

Bei der Arbeitgebervereinigung trifft dieser Gedankenansatz auf strikte Ablehnung, da

die Gewinnminderung den Spielraum der Betriebe zur Investition einengen und da die Gelder, falls sie von den Betrieben aus dem Fonds entliehen werden, Fremdgelder und zu verzinsen wären. Die Beanspruchung des Fonds würde auf jeden Fall Kostenerhöhung bedeuten.

Die Arbeitgeber sehen keinen Weg, wie ein irgendwie gearterter Investivlohn, sprich Fondsanteil, nicht als Kostenbelastung auftreten könnte. Der Idealfall — die Gewerkschaften verzichten bei Lohnverhandlungen auf einen Teil der errungenen Barerhöhung und belassen sie als Investivkapital in den Betrieben, so daß diese Lohnerhöhung nicht als zusätzliche Kostenbelastung gewertet zu werden brauchte — wird von den Arbeitgebern als unreal angesehen. Eine solche Möglichkeit entzieht sich nach ihrer Auffassung dem harten realen Verlauf von Tarifverhandlungen.

Dennoch sind auch bei den Arbeitgebern Beratungen im Gange, wie ein Investivlohn oder andere Formen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand aussehen könnten. In dieses Gespräch hat sich Minister Schiller eingeschaltet.

Am intensivsten ist bisher von den Arbeitgebern der „Friedrich-Plan“ des Industriellen Dr. Otto A. Friedrich (Flick KG Düsseldorf) diskutiert worden. Dieser Plan hat verschiedene Änderungen erfahren und bietet sich zur Zeit in seinen Grundzügen folgendermaßen dar: Es wird ein Fonds gebildet, in den die Betriebe einen Teil ihres Ge-

winns vor Steuerabzug einzahlen können. Der eingezahlte Betrag bleibt steuerfrei. Er kann vom Betrieb als zinsloses, langfristiges Darlehen wieder in Anspruch genommen werden, etwa für zehn, zwölf oder 15 Jahre. Dann wird er in den Fonds zurückgezahlt. An diesem Fonds können sich die Arbeitnehmer beteiligen, indem sie mit eigenem Geld — so bleibt die Freiwilligkeit erhalten — Anteilscheine zu etwa 100 DM je Stück erwerben. Diese Anteilscheine werden normal verzinst, und der Fonds arbeitet mit ihnen wie mit normalem Geld. Er verleiht dieses Geld also zu normalen Zinsen, wahrscheinlich hauptsächlich ebenfalls wieder an Betriebe.

An den Geldern, die dem Fonds von den Betrieben zugeflossen sind und die nach einer bestimmten Frist nach der Ausleihe wieder zurückfließen, hat der Anteilseigner ebenfalls Anteil, so daß nach zehn Jahren seine Rechnung folgendermaßen aussehen könnte: 100 DM plus 50 oder 60 DM Zinsen plus 100 DM Fondsvermögen gleich 250 oder 260 DM. Es gibt dazu zahlreiche Vorschläge und Gedanken über Sperrungsfristen, Freigabe bei Krankheit oder Tod und oder sonstige Belastungen und andere technische Überlegungen.

Von der Firma aus betrachtet sieht die Sache folgendermaßen aus: Ein Betrieb, der etwa aus 100 Millionen DM Gewinn 60 Prozent gleich 60 Millionen DM Ertragssteuern zu zahlen hat, entschließt sich, zehn Millionen DM in den Fonds einzuzahlen. Es müssen nun noch 90 Millionen DM versteuert werden, was einem Steuerbetrag von

4 Millionen DM entspricht. Dem Betrieb verbleiben 36 Millionen DM Gewinn statt 40 Millionen DM, wenn er nicht in den Fonds eingezahlt hätte. Er kann aber aus dem Fonds 10 Millionen DM langfristig und kostenlos zurückholen, so daß er statt 40 Millionen DM für Investitionen jetzt 46 Millionen DM zur Verfügung hat. Die 10 Millionen DM braucht er erst nach Jahren in Raten zurückzuzahlen, was ihm aufgrund gesteigerter Gewinne durch die 10 Millionen DM mehr Investitionen durchaus möglich ist.

bleibt der Staat. Er hat den Fonds — in diesem Beispiel — durch den Verzicht auf 6 Millionen DM ermöglicht und meint also der eigentlich Leidtragende zu sein. Hier setzt doch die Argumentation der Verteidiger des „Friedrichs“ ein. Sie machen geltend, daß der Staat zwar tatsächlich durch seinen Verzicht eine rechte Vermögensbildung breiter Schichten ermöglicht, daß er aber auch infolge höherer Wirtschaftskraft und Produktion durch gesteigerte Investitionen höhere Steuereinnahmen erwarten könne, so daß sich der Gang nach allen Seiten schließen würde.

Es ist kaum anzunehmen, daß zwischen gewerkschaftlichem, unternehmerischem und staatlichem Interesse sehr leicht zu Plänen kommen wird, denen alle zustimmen. Aber die Diskussion ist im Gang, und sie wird 1968 weitergehen. Es ist die Frage des Fleißes und der Intelligenz aller Seiten wert, ob man einen Plan vorzulegen, der zwar keinen voll befriedigt, aber doch mehr wäre, als man bis vor kurzem zu hoffen konnte. Johannes Schader



Der Bonner Nationalökonom Prof. Wilhelm Krelle hat in einem Forschungsgutachten eine überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer von 10 bis 20 Prozent der Bruttogewinne größerer Unternehmen gesellschaftlich empfehlenswert und wirtschaftlich vertretbar genannt, wenn die Anteile von Arbeitnehmern gespart und gleichzeitig gewisse Investitionsanreize gegeben werden. Bundesarbeitsminister Katzer hat die Veröffentlichung des Gutachtens als einen Beitrag zur Diskussion über das Problem der Vermögensbildung bezeichnet. Er hofft, daß durch eine Diskussion auf möglichst breiter Grundlage wert-

Beschäftigungs- und Preisniveau und auf die Einkommensverteilung kommt Prof. Krelle zu dem Ergebnis, daß nachteilige Wirkungen für das Wirtschaftswachstum möglich seien, jedoch um so geringer blieben, je größer der Anteil der Ertragsbeteiligung sei, der weiter für Investitionen zur Verfügung stehe. Deshalb seien entweder starke steuerliche Sparanreize oder eine gesetzliche Sperrung der Erträge aus der Ertragsbeteiligung für etwa zehn Jahre notwendig.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nannte die Vorschläge Prof. Krelles „eine Kombination von gewerkschaftlicher Mitbestim-

Gutachten empfiehlt überbetriebliche Ertragsbeteiligung

volle Anregungen gegeben werden und dadurch politische Entscheidungen erleichtert werden können.

Prof. Krelle ist Direktor des Instituts für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bonn. Er erstellte das Gutachten mit zwei Mitarbeitern für das Bundesarbeitsministerium. Nach Prof. Krelles Ansicht kann die Ertragsbeteiligung bei den etwa 19 400 Unternehmen beginnen, die hundert und mehr Arbeitnehmer beschäftigen. Diese Betriebe sollten 10 bis höchstens 20 Prozent ihrer Bruttogewinne bereitstellen, die möglichst in Form von Wertpapieren in eine oder mehrere Investmentfonds fließen sollten. Aus diesen Fonds sollten alle Arbeitnehmer, die bestimmte nach Familienstand und Kinderzahl gestaffelte Einkommensgrenzen nicht überschreiten, Zertifikate erhalten.

In der eingehenden Untersuchung über die Folgen der überbetrieblichen Ertragsbeteiligung auf das Produktions-

und obligatorischer Gewinnbeteiligung“. Eine Realisierung solcher Überlegungen würde nach Ansicht der Arbeitgeber mit Sicherheit erhebliche Gefahren für das wirtschaftliche Wachstum, die Stabilität und die Beschäftigung mit sich bringen. Prof. Krelle habe diese Gefahr offenbar selbst gesehen. Anders sei sein Vorschlag, zur Sicherung einer ausreichenden Wachstumsrate den Gewinnverlust der Unternehmen durch investitionsfördernde Maßnahmen zu kompensieren, nicht verständlich.

Die von den Arbeitgeberverbänden lebhaft begrüßte und geförderte Vermögensbildung der Arbeitnehmer sei ohne Schäden für die Volkswirtschaft nur auf dem Wege der Freiwilligkeit erreichbar, heißt es in der Stellungnahme. Die eingeleiteten Maßnahmen wie das 312-Mark-Gesetz hätten sich bewährt und erfaßten einen immer größeren Kreis von Arbeitnehmern.



VON UFER ZU UFER

Aktualitäten und
Historien vom
Gelsenkirchener Werk

Eine Beziehung zwischen Leonardo da Vinci und Gelsenkirchener Draht? Das ist kein Scherz! Tatsächlich hat sich der große italienische Maler, Bildhauer, Architekt und Naturforscher bei seinen vielen technischen Entwicklungen auch mit dem Problem befaßt, die damals im Bergbau üblichen Hanfseile durch ein haltbareres Material abzulösen. Also durch Drahtseile etwa, wie sie heute in Gelsenkirchen hergestellt werden. Aber seine Versuche gegen Ende des 15. Jahrhunderts waren ebenso wenig erfolgreich wie die Experimente von Leibniz fast zwei Jahrhunderte später, der ja nicht nur Philosoph, sondern auch Berater für den Harzer Bergbau war. ►

Immerhin waren zu Leibniz' Zeiten schon Ketten im Gebrauch. Aber sie brachen leicht und waren mit ihren oft dreißig Zentnern Gewicht viel zu schwer für die Tonne voll Erz, die daran heraufgezogen werden konnte.

Oberbergrat Wilhelm August Julius Albert kam schließlich auf die Idee, Eisendrähte wie Hanfseile zu flechten, und am 22. Juli 1834 erhielt er die erste Genehmigung, ein solches „Albertsches Geflecht“ aus zusammengeschweißten Stäbe aus geflochtenem Eisendraht in seinem Oberharzer „Carolinenschacht“ in Clausthal auszuprobieren, nachdem es einen Zugversuch an einem Pferdefuhrwerk ohne Bruch überstanden hatte. Je sechshundert Meter lang waren jene ersten Drahtseile, die immerhin schon eine Bruchfestigkeit von sechs Tonnen und — auf den Quadratmillimeter des Querschnitts berechnet — von 52 Kilogramm besaßen.

Der Oberbergrat Albert wollte keine Geschäfte mit seiner Erfindung machen. Wer ihn fragte, bekam Antwort und „Produktionspläne“, bekam auch Proben. Und 1835 schon verwendeten Sälzer und Neuack in Essen die ersten Drahtseile in ihren Kohlengruben. Haniel rüstete bald danach seine Schächte „Franz“ und „Kronprinz“ damit aus.

Die erste fabrikmäßige Herstellung von Drahtseilen lief seit 1835 bei Felten & Guillaume in Köln, und 1882 nahm auch das Gelsenkirchener „Pudlings-Walz- und -Draht-Werk“ diese neuartige Produktion auf.

Für den Bergbau machte es diese Erfindung möglich, in immer größere Tiefen vorzudringen und zugleich die Gefährlichkeit des Berufes ganz erheblich zu mindern. Die Zahl der Unfälle durch Seilbrüche sank rapide.

Die maschinelle Entwicklung im Bergbau sorgte bald auch für andere Verwendungsmöglichkeiten der Drahtseile untertage, und das Gelsenkirchener Unternehmen ging stets mit der Zeit.

Das längste Förderseil, das je im Ruhrbergbau verwendet



wurde, stammt auch aus Gelsenkirchen: Die Gutehoffnungshütte baute 1954 die südwestliche Förderung von Schacht I der HOAG-Zeche „Jacobi“ neu. Das Förderseil dafür mußte 1500 Meter lang sein. Es hatte einen Durchmesser von 69 Millimetern.

Fast gleichzeitig kam ein Auftrag aus Japan über die GHH nach Gelsenkirchen. Auch dort hatte ein Bergwerk ein Seil von mehr als einem Kilometer Länge nötig. Auch so lang waren die Seile, die zwei Jahre später für die Zeche Kozlu in der Türkei von Gelsendraht geliefert wurden.

Drahtseile trugen bald nicht mehr nur Bergleute bis zu tausend Metern hinunter, schleppten nicht nur Kohlen und Erz hinauf, sie schleppten nicht nur Schiffe auf den Flüssen und Kanälen und ermöglichten die Konstruktion immer größer werdender Krananlagen, bald hing auch der Himmel voller Seile, wie man in Abwandlung eines alten Operetten-Evergreens sagen möchte.

Der „Strick aus Eisen und Stahl“ überbrückte Flüsse und Schluchten für Frachten und Menschen. Ferner wurde die Seilbahn erfunden, die freilich noch bis weit in unser Jahrhundert hinein Seltenheitswert besaß.

Daran trugen freilich nicht so sehr technische Gründe und Möglichkeiten die Schuld. Aber was wollte man denn vor hundert Jahren oben auf den Bergen? Zu holen gab es nach damaliger Überzeugung von dort oben nichts, und wer hatte denn schon Zeit, auf den Gipfeln Urlaub zu machen?

So begann die Zukunft der Seilbahn praktisch auch zuerst auf dem flachen Lande. Der Bergbau war es wiederum, der als erster die Nutzenanwendung dieser technischen Möglichkeit ausprobierte. Er hatte bald herausgefunden, daß diese „Schwebbahn“ sich vorzüglich für den innerbetrieblichen Transport eignete. Insbesondere für Massengüter, die in die Kokereien, in die Brikettfabriken und auch zu den Halden geschafft werden mußten.

So war die Seilbahn noch relativ jung, als „Gelsendraht“ für die Ausrüstung der damals größten Baustelle der Welt sorgte. Zwanzig Jahre lang — von 1945 bis 1965 — waren die HOAG-Seile auf dieser Baustelle im Betrieb und garantierten allein, daß man das ganze Jahr mit seinen zwölf Monaten hindurch an diesem gewaltigen Werke schaffen konnte und nicht nur einige schneefreie Wochen im Jahr.

Im Schweizer Kanton Wallis nämlich wurde das Kraftwerk von Grand Dixense gebaut, das aus einem gewaltigen Stausee von 400 Millionen Kubikmetern Wasser der Rhône eine Stromkapazität von 1,6 Milliarden Kilowattstunden bekommen konnte. In einer Höhe von über 2300 Metern mußte ein 284 Meter hoher Damm in völlig unzugänglichem Gebirge gebaut werden. Keine Straße führte die engen Schluchten hinauf.

Da schleppten Gelsenkirchens Seile zuerst 1800 Tonnen Sprengstoff hinauf, um den Fels auseinanderzureißen und Platz zu machen für die Staumauer, die dann wiederum 1,5 Millionen Kubikmeter Beton benötigte, täglich tausend Tonnen. In einen Güterzug geladen, hätte dieser Zementtransport eine Länge gehabt, die der Entfernung zwischen Oberhausen und Hamburg entspricht.

In indischer Tropenzone mußten sich Gelsenkirchens Drahtseile 1957 ebenfalls bewähren, bei einem ähnlichen Projekt in unwegsamer Gegend, aber im tropischen Dschungel. Auch hier mußte eine achtzig Meter hohe Staumauer angelegt werden.

Die Seilbahnen für Personen in den Gebirgen, für gipfelhungrige Touristen, kamen erst nach dem zweiten Weltkrieg so richtig in Mode. Vorher gab es nur einige wenige. Vor allem in den Alpen. Ihr Seltenheitswert reilich wurde mit ihrer Zuverlässigkeit und Bewährung eine besondere Empfehlung für unser Gelsenkirchener Werk — dieses, das lesen Sie im nächsten Heft von „echo der arbeit“, in dem wir unseren dreiteiligen Bericht über Aktualitäten und Geschichten vom Draht beenden.





mini — das ist die Mode der Wahrheit; denn Mini macht schön doppelt schön, macht lang doppelt lang und dick doppelt dick. Eine gefährlich schöne und eine schön gefährliche Mode.

Aber vielleicht hält sie sich gerade deshalb schon so lange und beherrscht unsere Frauen mit geradezu despotisch anmutendem Zwang. Vielleicht wird sie gerade deshalb auch das Pendel kraftvoll aufhalten, das jetzt nach dem Willen der Modeschöpfer umschlagen soll in den Maxi-Look mit den Bonnie- und Mao-Wellen.

War das ein Köpfe-Renken, als die ersten Kurzröcke über die Straßen schaukelten, durch die Korridore der Büros trippelten und mehr oder minder keß auf den Schreibtisch-Drehstühlen noch ein Stückchen höher rutschten. Manches Händchen

mini macht sch



pfte damals noch ein bißchen
erlegen den Saum in Richtung
nie.

nd wie haben die Damen so
n Mitte Dreißig an ge-
himpft und sich unter vorge-
altener Hand Knoten in die
unge getuschelt über die
Schamlosigkeit“ der jüngeren
Kolleginnen: „So kurz und so
freizend!“

wei Wochen oder zwei Monate
äter zupften sie selbst ein
ßchen zaghaft am Rocksaum
Richtung Knie. „Mini macht
ng“, hatten sie inzwischen
gestellt — und wurden
indestens wieder Twens.

as Fluidum des Sensationel-
n hat Mini inzwischen verlo-
n. Jedenfalls für die Frauen.
e Männer dagegen — und
rauf kommt es ja schließlich
, finden wir Männer —
nauen immer noch gern hin.
cht mehr so ostentativ, aber

immerhin noch anerkennend
schmunzelnd. Dann jedenfalls,
wenn Mini schön doppelt schön
macht.

Das Eigenartige ist nur: Es gibt
heute offenbar mehr schöne
Frauenbeine als früher. Oder
hat Mini das Schönheitsideal
mittlerweile schon ein wenig
gewandelt, den Geschmack sich
ein bißchen anpassen lassen an
das Gebotene?

Es gibt manches, das darauf
hindeutet. Es gibt aber auch
diese Erklärung: Mini ist va-
riabel geworden, ist nicht ein-
fach ein Weniger an Stoff ge-
blieben. Mini läßt sich — und
unsere modebewußten Frauen
machen unauffällig reichlichen
Gebrauch davon — auf den Typ
zuschneiden, auf Gesicht und
Figur.

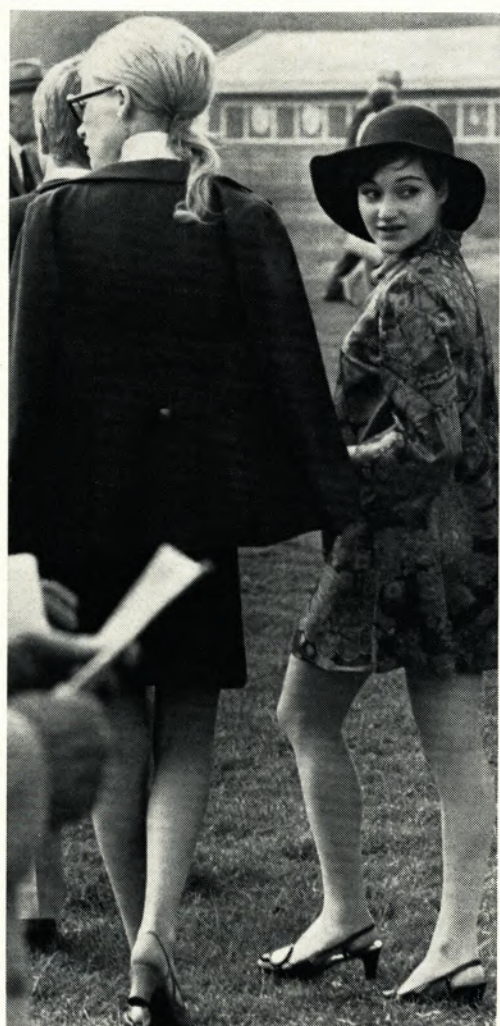
Die Dessous-Industrie hat sich
längst auf Mini eingestellt
mit Strumpfbandlosigkeit und

Strumpfhosen. Und vieles —
auch das haben die Frauen in-
zwischen gelernt — läßt sich
zudem ganz einfach korrigieren.

Gar zu lange Beine werden
kürzer durch Stiefeletten oder
Söckchen oder auch nur durch
griechisch hochgeschnürte San-
dalen. Fehlende Waden-Ovale
bekommen mehr Form durch
„Strickstrümpfe“ und deren
pastellene Farbigkeit. Leicht-
füllige Waden wirken interes-
santerweise nicht etwa strumpf-
los, sondern durch ein ganz zar-
tes, aber dunkel getöntes Ge-
webe schlanker.

Nichts freilich — aber das kann
ja noch werden in den kom-
menden Mini-Jahren — ist er-
funden, was ein Schenkel-
„Plus“ eliminiert. Da hilft tat-
sächlich nur: „Drum prüfe,
wess' Bein mini mündet, ob
man(n) nicht länger schöner
findet.“

ön



Betriebskrankenkassen hatten ein gutes Jahr

Eine erfreuliche Nachricht für die Mitglieder der HOAG-Betriebskrankenkasse: Das Geschäftsjahr 1967 verlief ausgesprochen gut. Das lag vor allem an dem sehr günstigen Krankenstand in diesem Zeitraum, der zum Teil auch in der schlechteren wirtschaftlichen Situation des Jahres 1967 begründet sein dürfte.

Einer Einnahme von rund 13,780 Millionen DM steht nur eine Ausgabe von rund 12,972 Millionen DM gegenüber. Daraus ergibt sich eine Vermögenszunahme von 808 925,06 DM. Mit dieser Vermögenszunahme stellte sich der Vermögensstand Ende 1967 auf insgesamt 1 845 734,60 DM. Damit ist die Vermögensentwicklung sehr positiv verlaufen. Betrug das Vermögen pro Kopf (bei einem Soll von 240 DM) Ende 1966 noch 67,42 DM, hatte es sich zum Jahresende 1967 mit 121,05 DM schon fast verdoppelt.

Die Mitgliederbewegung war im Geschäftsjahr 1967 leicht rückläufig. So ging die Mitgliederzahl von 15 378 am Jahresanfang auf 15 248 am Jahresende zurück. Der Durchschnitt lag 1967 bei 15 402 Mitgliedern gegenüber 15 881 im Vorjahr. Außerdem wurden von der Betriebskrankenkasse 20 270 Familienangehörige betreut, so daß insgesamt 35 518 Personen Versicherungsschutz hatten. Einige statistische Zahlen: Auf 100 Mitglieder kamen 161 Angehörige und auf 100 Rentner 44 Angehörige.

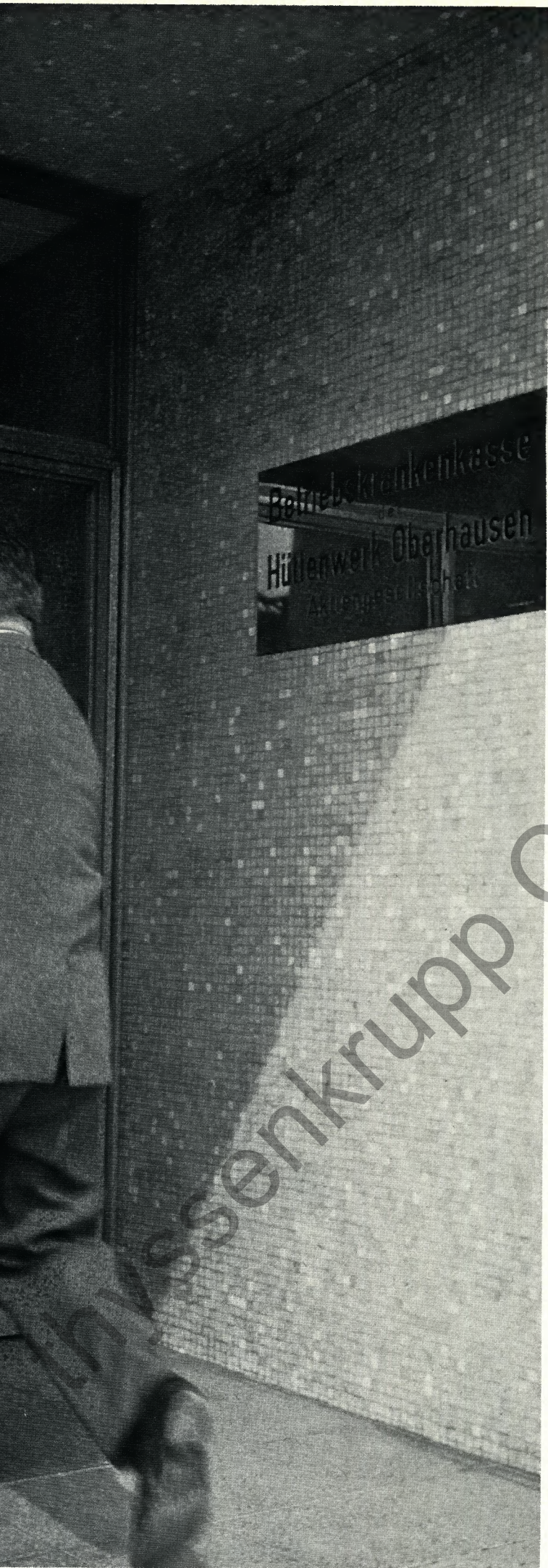
Für Arbeiter betrug der Beitragssatz elf Prozent, für Angestellte 7,6 Prozent. Von den Ausgaben in Höhe von 12,972 Millionen DM entfielen auf ärztliche Behandlung in 103 406 Fällen für Mitglieder und Angehörige und in 19 259 Fällen für Rentner rund 2,688 Millionen DM. Damit wurden im Geschäftsjahr 1967 je Krankheitsfall durchschnittlich 21,91 DM

(1966: 21,83 DM) aufgewendet. Die Zahnbehandlung erforderte in 21 927 Fällen für Mitglieder und Angehörige sowie in 2069 Fällen für Rentner rund 754 000 DM. Hier stieg der Durchschnittssatz pro Zahnbehandlung von 29,97 DM im Jahre 1966 auf 31,44 DM. Weitere wesentliche Posten auf der Ausgabenseite: rund 2,699 Millionen DM für Arznei- und Heilmittel usw., rund 350 000 DM für Zahnersatz, rund 2 826 000 DM für Krankenhauspflegekosten, rund 2,953 Millionen DM für Kranken- und Hausgeld, rund 184 000 DM für Mitglieder- und Familienwochenhilfe sowie rund 286 000 DM für Sterbegeld.

Ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis brachte das Geschäftsjahr 1967 auch unserer Betriebskrankenkasse in Gelsenkirchen. Bei einem Einnahmeüberschuß von fast 325 000 DM ist das Gesamtvermögen auf fast 480 000 DM angewachsen. Das entspricht zum Jahresende einem Pro-Kopf-Vermögen von 263,12 DM.

Diese günstige Vermögensentwicklung ist — ebenso wie in Oberhausen — vor allem auf den sehr niedrigen Krankenstand im Jahre 1967 zurückzuführen, aber auch auf die von den Selbstverwaltungsorganen der Kasse beschlossene Beitragserhöhung auf 10,6 Prozent. So verteilten sich im wesentlichen die Ausgaben der Betriebskrankenkasse Gelsenkirchen im Geschäftsjahr 1967: Für ärztliche Behandlung wurden rund 282 000 DM aufgewendet, für zahnärztliche Behandlung rund 71 000 DM, für Arznei- und Heilmittel usw. rund 260 000 DM, für Zahnersatz rund 35 000 DM, für Krankenhauspflegekosten rund 277 000 DM, für Kranken- und Hausgeld rund 329 000 DM, für Mitglieder- und Familienwochenhilfe rund 27 000 DM sowie für Sterbegeld rund 26 000 DM.





Zur Krankenversicherung

Arbeitgeberanteil auch nach Überschreiten der 900-Mark-Grenze?

In den Arbeitgeberverbänden wird zur Zeit erwogen, den Angestellten den Beitragsanteil zur Krankenversicherung bei Überschreitung der Versicherungspflichtgrenze von 900 Mark weiterzuzahlen. Im Gegensatz zu den gewerblichen Arbeitnehmern scheiden die Angestellten mit mehr als 900 Mark aus der Pflichtversicherung aus und haben somit keinen Anspruch mehr auf den Arbeitgeberanteil von fünfzig Prozent.

Nach dem jetzigen Stand der Meinungsbildung in den Arbeitgeberverbänden kann jedoch nicht damit gerechnet werden, daß die Arbeitgeber für alle Angestellten, die mehr als 900 Mark verdienen, in Zukunft diesen Beitrag zahlen werden. Wie es heißt, sind die Befürworter der Ansicht, daß bei einer tarifvertraglichen Regelung auf eine Anhebung oder auf die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze verzichtet werden könne. Die Gegner argumentieren: „Je schneller wir den Arbeitgeber-Beitrag einführen, desto eher haben wir die gesetzliche Regelung.“

Nach den Berechnungen der Arbeitgeber würde die Wirtschaft durch die generelle Gewährung des Arbeitgeberanteils um jährlich 1,4 Milliarden Mark zusätzlich belastet. Bei einer tarifvertraglichen Regelung wäre den Angestellten, die mehr als 900 Mark verdienen, freigestellt, ob sie als freiwilliges Mitglied in ihrer Ersatzkasse bleiben oder zur privaten Krankenversicherung übergehen wollen. Bei einer Aufhebung der Pflichtgrenze in der Krankenversicherung würden die Angestellten Pflichtmitglied in der Ersatzkasse bleiben oder müßten die Befreiungsmöglichkeit in Anspruch nehmen.

Es ist daher verständlich, daß der Gedanke einer tarifver-

traglichen Regelung von der privaten Krankenversicherung lebhaft befürwortet wird. Sie ist der Ansicht, daß es Angestellten von der Pflichtgrenze an freigestellt sein sollte, ob sie sich der Solidargemeinschaft anschließen oder ihren Versicherungsschutz individuell regeln wollen.

Die Versicherungsunternehmen haben daher auch die Initiative ergriffen: Der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen hat mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im DGB in einem kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrag vereinbart, daß der Arbeitgeberbeitrag auch im Falle des Überschreitens der Pflichtgrenze weitergezahlt wird.

Die vor allem betroffenen Ersatzkassen würden es begrüßen, wenn sich die Arbeitgeber bereit fänden, die jetzt noch bestehende Benachteiligung der Angestellten gegenüber den Arbeitern zu beseitigen. Sie glauben jedoch, daß die gegenwärtig erwogene Lösung zu neuen Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten führen wird. Das könnte eintreten, wenn ein Junggeselle, der die 900-Mark-Grenze überspringt, den Arbeitgeberanteil erhalten würde, nicht aber zum Beispiel ein Familienvater mit mehreren Kindern, der 920 Mark verdient.

Befürchtet wird von den Ersatzkassen außerdem eine „negative Risiko-Auslese“, das heißt, daß sich gerade die jüngeren Versicherten ohne Familie entschließen könnten, in die private Krankenversicherung zu gehen, während die Versicherten mit Familie, die hohe Kosten verursachen, als freiwilliges Mitglied in der Ersatzkasse bleiben. Nach den bisherigen Feststellungen der Ersatzkassen bleiben zwar rund 99 Prozent der Versicherten nach dem Überspringen der Versicherungspflichtgrenze zunächst in der Ersatzkasse. Wo der Übergang zur Privatversicherung vollzogen wird, geschieht das erst nach einiger Zeit.

Aufgrund dieser Überlegungen wird es bei den Ersatzkassen als sehr zweifelhaft angesehen, ob das Problem des Krankenversicherungsbeitrages der Arbeitgeber für alle Angestellten auf die vorgesehene Weise endgültig gelöst werden kann. Die Ersatzkassen glauben, daß die Schwierigkeiten auch in den zuständigen Bundestagsgremien gesehen werden, und erwarten, daß sich das Parlament noch vor der Bundestagswahl zu einer — möglicherweise dynamischen — Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung entscheiden wird.

Im übrigen werden die Ersatzkassen selbst in Kürze mit diesem Problem konfrontiert werden. Die Gewerkschaften haben die Tarifverträge für die 18 000 Angestellten in der Verwaltung der Ersatzkassen zum 30. Juni gekündigt. Zu ihren Forderungen gehört neben einer noch nicht präzisierten Gehaltserhöhung der Antrag, die Ersatzkassen sollten den Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung unabhängig von der Versicherungspflichtgrenze zahlen. Wie es heißt, besteht jedoch bei den Geschäftsführungen wegen der angespannten Finanzlage wenig Neigung zu dieser tarifvertraglichen Regelung.

Hans Hofmann



SOZIAL- POLITISCHE NACHRICHTEN

Fortbildung: Das Interesse an beruflicher Fortbildung nimmt bei Facharbeitern und Angestellten zu. Nach einer Mitteilung der Nürnberger Bundesanstalt haben die Arbeitsämter von Januar bis März 7400 Personen 12,9 Millionen Mark Beihilfe bewilligt (Januar bis März 1967: 9,4 Millionen für 5200 Personen). Seit Beginn der Aufstiegsförderung (1962) und der Leistungsförderung (1965) hat die Bundesanstalt für 99 300 Personen 207 Millionen Mark an Beihilfen bewilligt. Eine Beihilfe im Rahmen der Aufstiegsförderung können Arbeitnehmer erhalten, die sich durch Lehrgänge für den Aufstieg in bestimmte mittlere oder gehobene Berufe vorbereiten.

Berufsbildungsinstitut: Der Bund plant die Errichtung eines zentralen Forschungsinstitutes für Berufsbildung, das alle Probleme der modernen Arbeitswelt und der fortschreitenden Technik in den Betrieben wissenschaftlich untersuchen soll. Das teilte Bundesarbeitsminister Katzer mit. Neben Maßnahmen für eine verbesserte berufliche Aus- und Weiterbildung und einer umfassenden Leistungsförderung müsse auch die Umschulung künftig auf breiter Basis ermöglicht werden.

Sparen: Obwohl die Einkommen der Vier-Personen-Haushalte 1967 gesunken sind, wurde von ihnen mehr auf die „hohe Kante“ gelegt. Nach einer Mitteilung der DGB-Bundespressestelle haben sich 1967 die „verfügbaren Einnahmen“ der von der amtlichen Wirtschaftsrechnungsstatistik erfaßten Vier-Personen-Haushalte im Monatsdurchschnitt um sieben Mark auf 1036 Mark verringert, die Sparbeträge stiegen jedoch um zwei auf 64 Mark.

Vermögensbildung: Bei den Sparkassen sind im Jahre 1967 rd. 312 000 prämiengünstige

Sparverträge auf Grund des 312-Mark-Gesetzes neu abgeschlossen worden. Der Bestand an Sparverträgen, mit denen Teile des Arbeitseinkommens vermögenswirksam angelegt sind, stieg damit um 17 Prozent auf knapp 1,8 Millionen Mark. Die Summe stieg von 334 Millionen Mark 1966 auf 390 Millionen Mark im vergangenen Jahr. 1967 haben außerdem 454 000 Arbeitnehmer vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 141,5 Millionen Mark bei den öffentlichen Bausparkassen auf Bausparverträge eingezahlt. Die Zahl der Arbeitnehmer stieg hier um sechs Prozent, die angelegten Beträge erhöhten sich um sieben Prozent. — Die Siemens AG teilte mit, daß 1967 trotz der Rezession fast jeder dritte Mitarbeiter vermögenswirksam gespart hat, 55 000 im Vergleich zu 52 000 im Jahre 1966.

Krankenversicherung: Die gesetzlichen Krankenkassen hatten am 1. Januar 1968 rund 28,62 Millionen Mitglieder. Im Vergleich zum 1. Dezember 1967 hat sich die Zahl der Pflichtmitglieder ohne Rentner geringfügig auf 16,74 Millionen vermindert, die Zahl der pflichtversicherten Rentner aber um 533 000 auf 6,8 Millionen erhöht. In der gleichen Zeit ging die Zahl der freiwilligen Mitglieder um 479 000 auf 5,1 Millionen zurück. Diese Entwicklung ist fast ausschließlich auf das Finanzänderungsgesetz zurückzuführen. Es hob die Bestimmung auf, daß Rentner nur dann krankenversicherungspflichtig sind, wenn sie während der letzten fünf Jahre vor Stellung des Rentenanspruchs mindestens 52 Wochen bei einem Träger der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren.

Versicherungspflicht: Nach einer Umfrage der Iduna-Versicherungen zahlen 84 Prozent der Arbeitgeber ihren leitenden Mitarbeitern die Hälfte des Versicherungsbeitrages auch

dann, wenn sie sich von der Versicherungspflicht befreien lassen. 65 Prozent leisten diesen Beitrag ohne jeden Vorbehalt in der Höhe des Arbeitgeberanteils in der Angestellten-Pflichtversicherung und verpflichten sich zu dieser Leistung auch bei kommenden Beitragserhöhungen in der Rentenversicherung. Die meisten Betriebe sind damit der entsprechenden Empfehlung der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände gefolgt. Bei ihrer Untersuchung hatte die Iduna auch die Frage gestellt, bei welchen Betrieben zusätzlich betriebliche Altersversorgungen bestehen. Diese Frage wurde von 59 Prozent der Unternehmen bejaht.

Kinderfreibeträge: Bundesfamilienminister Heck setzt sich für folgende Neuregelung der Kinderfreibeträge ein: Die Freibeträge für Kinder sollen einheitlich 1800 Mark betragen. (Bisher betrugen sie für das erste und zweite Kind nur 1200 und 1680 Mark.) Zum steuerlichen Ausgleich soll das sogenannte Splitting-Verfahren für Ehegatten (die Einkommen beider Eheleute werden zusammengezogen und vor der Steuerberechnung in zwei gleiche Teile geteilt) nur noch angewandt werden, wenn der gemeinsame Verdienst 32 000 Mark im Jahr nicht übersteigt. Diese Pläne werden auch vom wissenschaftlichen Beirat für Familienplanung gutgeheißen.

Vier-Wochen-Urlaub: Alle französischen Arbeitnehmer werden in Zukunft einen vierwöchigen Urlaub erhalten. Ein entsprechendes Gesetz wurde von der französischen Nationalversammlung verabschiedet. Das neue Gesetz kommt vor allem den Beschäftigten in der Landwirtschaft, dem Hotelgewerbe und dem Einzelhandel zugute. Die meisten übrigen Arbeitnehmer hatten schon bisher auf Grund von Tarifvereinbarungen vier Wochen Urlaub.

Arbeitsschutz: Der sozialpolitische Ausschuß des Bundestages hat die Bundesregierung bei der abschließenden Beratung des Unfallverhütungsberichts ersucht, das Institut für Arbeitsschutz auszubauen. Es soll damit seiner Aufgabe gerecht werden können, die Unfallforschung zu fördern und zu koordinieren. Der Ausschuß will ferner, daß künftigen Unfallverhütungsberichten ein vollständiges Verzeichnis aller Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften des Bundes, der Länder und der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung angefügt wird. Die Regierung soll auch die tatsächliche Entwicklung der von Zahl und Schwere der Arbeitsunfälle abhängigen Zuschläge zum und Nachlässe auf den Beitrag eingehender darstellen. Schließlich soll sie die Erforschung der Unfallursachen und die Unfallverhütung im europäischen Rahmen intensivieren. Auf Beschluß des Ausschusses soll die Bundesregierung unverzüglich einen Gesetzentwurf über hauptamtliche Sicherheitsbeauftragte, insbesondere Sicherheitsingenieure, vorlegen.

Altersruhegeld: Weibliche Versicherte bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) können unter bestimmten Voraussetzungen das Altersruhegeld schon mit 60 Jahren erhalten. Diese Voraussetzungen wurden in diesem Jahr geändert. Die BfA macht darauf aufmerksam: Bedingung für das vorgezogene Altersruhegeld ist, daß die weibliche Versicherte vor Eintritt ihres Rentenfalls innerhalb der letzten 20 Jahre mindestens 121 Pflichtbeiträge an die Angestelltenversicherung gezahlt hat. Interessenten sollten sich an die Versicherungsämter ihrer Gemeinden oder an die Auskunftsstellen der BfA wenden, um sich unterrichten zu lassen. Die Frist für die Befreiung von der Angestellten-Versicherungspflicht läuft am 30. Juni ab.

Das materielle Los des japanischen Arbeitnehmers wurde in diesen Tagen in zwei Studien unter die Lupe genommen, die beide in dem Punkt übereinstimmen: die Kluft zwischen arm und reich nimmt zu. Bei den Studien handelt es sich um einen Bericht des Statistischen Amtes beim Ministerpräsidenten und um ein „Weißbuch zum Thema Löhne“ vom linkstendierenden Gewerkschafts-Dachverband „Sohyo“.

Kurz zuvor hatte das Statistische Amt die neuesten Zahlen über die arbeitende Bevölkerung Japans veröffentlicht. Sie betrug im Jahre 1967 — bei einer geschätzten Bevölkerungszahl von 100 Millionen — 50 580 000 Menschen. Unter ihnen waren 640 000 als arbeitslos registriert. Aus diesem Bericht ging hervor, daß die Zahl der in Landwirtschaft und Forsten beschäftigten Menschen von 40 Prozent im Jahre 1955 auf 19,3 Prozent im Jahre 1967 gesunken ist. Außer den in Landwirtschaft und Forsten Beschäftigten registrierte das Statistische Amt 27 970 000 ständig Beschäftigte, 1 630 000 unregelmäßig Beschäftigte und 1 230 000 Tagelöhner.

Aus der jetzt veröffentlichten Lohnstudie des Statistischen Amtes ergeben sich folgende Tatsachen: Das monatliche Nettoeinkommen des japanischen Arbeitnehmers betrug 1967 im Durchschnitt etwa 800 Mark, was einer Wachstumsrate von 10,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Tatsächlich aber ist der Reallohn, wenn die Preissteigerungen berücksichtigt werden, nur um 6,1 Prozent gestiegen. Der „Durchschnitts-Monatslohn“ wird

unter Einschluß der Bonuszahlungen und des Einkommens aller Arbeitnehmer eines Haushaltes errechnet. Es ergibt sich dabei der Durchschnittshaushalt mit vier Personen und das Durchschnittsalter des Arbeitnehmers von 41,3 Jahren.

Die „Kluft zwischen arm und reich“ wird durch die Aufteilung der Arbeitnehmer in fünf Einkommensklassen und ihre jeweilige Netto-Lohnsteigerung ersichtlich:

Einkommensklasse	Durchschnitts-Monatslohn in DM	Lohnsteigerung Prozent
I	350	7,8
II	590	7,6
III	768	7,1
IV	1 003	9,5
V	1 640	10,6

Die monatlichen Lebenshaltungskosten des durchschnittlichen Arbeitnehmers werden mit etwa 652 DM angegeben, was einer Steigerung von 9,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr — oder 5,4 Prozent unter Berücksichtigung der Preisspirale entspricht. Dabei ist der Prozentsatz für Ernährung in den Lebenshaltungskosten, der 1962 noch 36,7 Prozent betrug, seit 1966 (35,2 Prozent) um 0,5 Prozent auf 34,7 Prozent gesunken.

Der japanische Arbeitnehmer wendet 11,3 Prozent der Lebenshaltungskosten für Wohnung, einschließlich Möbel, Strom, Wasser, Gas und Heizung auf. Die Ausgaben für „dauerhafte Gebrauchsgegenstände“ sind am stärksten — um 21 bzw. 18,2 Prozent — gestiegen. Als Grund dafür nennt das Statistische Amt den erhöh-

ten Absatz von Farbfernsehgeräten, elektrischen Kühlschränken und Zimmerklimaanlagen. Nach dieser Studie hat der Durchschnitts-Arbeitnehmer einen monatlichen Überschuß von etwa 147 DM. Ein Arbeitnehmer der Einkommensgruppe I muß jedoch mit einem monatlichen Fehlbetrag von etwa 51 DM fertig werden. Regionsweise ist die Einkommenssteigerung in Kanto (Tokio-Yokohama) und in Hokkaido am höchsten, in Nord- und Nordwest-Honshu am geringsten gewesen. Das Durchschnitts-Monatseinkommen des Arbeitnehmers im Kantogebiet war mit etwa 967 DM um ein Drittel höher als auf Shikoku.

Zu diesen Zahlen und Feststellungen des Statistischen Amtes gibt der Gewerkschafts-Dachverband „Sohyo“ in seinem Weißbuch vor allem an, daß das Lohnniveau in den verschiedenen Betrieben stark voneinander abweicht. Wenn bei Betrieben mit 500 oder mehr Arbeitern der Monatslohn mit 100 angesetzt wird, dann ist er bei Betrieben mit 100 bis 499 Arbeitern 80,9, bei solchen mit 30 bis 99 Arbeitern 69,8 und bei Betrieben mit 5 bis 29 Arbeitern nur noch 61,6.

Mit besonders scharfer Kritik zitiert das Weißbuch den Anfangslohn des Jungarbeiters. Der Jungarbeiter benötigt nach Angaben des Statistischen Amtes im ersten Jahr des Lohnempfangs monatlich etwa 247 DM, um selbständig leben zu können. Er verdient aber nur 157 DM, wenn er Mittelschulabsolvent ist, und etwa 198 DM als Absolvent einer höheren Schule. Der Gewerkschaftsverband „Sohyo“ ist sogar der

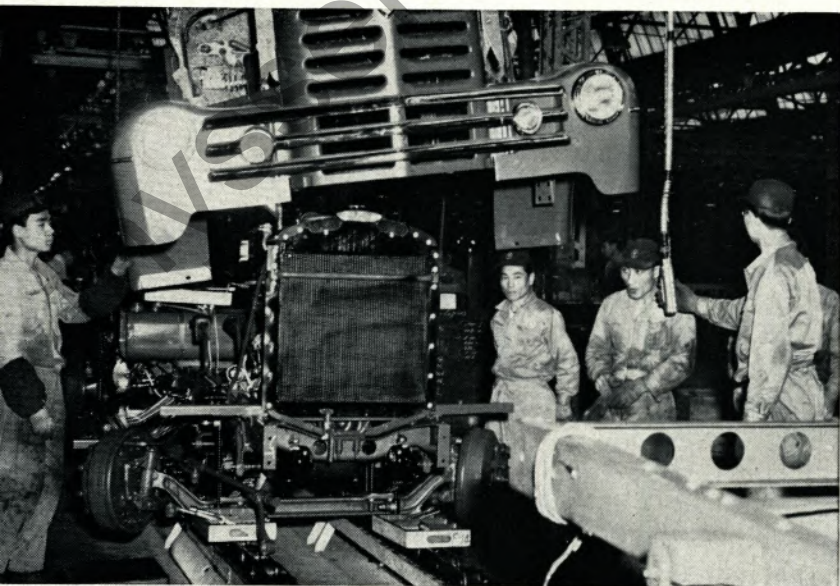
Arbeitnehmer in Japan



Ansicht, daß ein Jungarbeiter in der Stadt nur selbständig leben kann, wenn er mindestens etwa 452 DM verdient.

Das Weißbuch führt unter anderem zum Vergleich an, daß zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1960 je Person 186,70 Dollar (etwa 747 DM) und in Japan in demselben Jahr nur 19,70 Dollar (etwa 79 DM) für Sozialfürsorge aufgewendet worden seien. In dem Weißbuch heißt es weiter, durch Aufwenden von Unsummen für Reklame jeder Art übe die Wirtschaft über gesellschaftliche Statussymbole eine Diktatur aus. Einst sei es als erstrebenswerter Luxus erschienen, rostfreie Handsteine in der Küche, Gasboiler und ein Minimum an Einrichtungsgegenständen zu besitzen. Bald seien diese Dinge zu unerläßlichen Notwendigkeiten geworden, der erstrebenswerte Luxus habe Fernsehgeräte, elektrische Waschmaschine, Kühlschrank und elektrischen Fächer umfaßt. Nun stehe durch die konzentrierte Reklameoffensive die Zeit bevor, da all dies schon zur Selbstverständlichkeit werde und der erstrebenswerte Luxus aus Kleinwagen, Klimaanlage und Farbfernsehtruhe bestehe.

Durch die Diktatur gesellschaftlicher Statussymbole seien die Lebenshaltungskosten unnötig und unverantwortlich in die Höhe getrieben worden. Über die Hälfte der vom Gewerkschaftsverband „Sohyo“ erreichten Lohnsteigerung sei bereits wieder verloren. Zwischen 1960 und 1966 habe die nominale Lohnerhöhung 76, die Reallohnerhöhung aber nur 28 Prozent betragen. William Lange



Kluft zwischen
arm und reich
wird größer

MIT EINEM BLICK



Ein selten aufgeführtes Drama von Shakespeare steht in diesem Jahr im Mittelpunkt der Ruhrfestspiele Recklinghausen. „Troilus und Cressida“ heißt das Schauspiel. Es ist von dem Regisseur Heinrich Koch so inszeniert und bearbeitet worden, daß der unvoreingenommene Theaterbesucher den klassischen Stoff kaum wiedererkennt. Schreibt „DIE ZEIT“: „... aus einem Stück, das immerhin noch ‚Troilus und Cressida‘ heißt, machte er (gemeint ist natürlich der Regisseur Koch, die Red.) Aktualität, ein sogenanntes Anti-Kriegsstück, zeigte die griechischen und trojanischen Heerführer mit Whiskyglas und Lageplänen bei der Generalstabsbesprechung, zeigte den Paris à la General Ky, und was der Scherze mehr sind...“ Unser Szenenfoto gibt diesen Eindruck gut wieder. Tatsächlich — wenn es nicht gesagt würde, wäre es kaum zu erraten: Die Dame in der Mitte soll Helena sein, die Herren dahinter verkörpern antike Krieger.



Nicht nur für Fassadenverkleidungen an Repräsentativbauten sind die witterungsbeständigen HOAG-Stähle gedacht, sondern vor allem auch als tragende Elemente in industriellen und gewerblichen Zweckbauten. Ein gutes Beispiel ist die Gebrauchtwagenhalle (Bild links) mit einem Gerippe aus COR-TEN, die sich ein Oberhausener Autohändler bauen ließ. Er hat sich davon überzeugen lassen, daß er mit dieser Lösung viele lästige Schutzanstriche spart und dadurch wesentlich besser davonkommt als mit einer Halle aus farbgeschütztem konventionellem Stahl. Eine zweite Halle für denselben Betrieb ist in Sterkrade bereits im Bau.



Es ist jetzt soweit: Mit dem Bau des „AFU“ ist begonnen worden, und zwar hinter diesem Bauzaun (Bild links). Mit „AFU“ ist natürlich das schon lange geplante Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungszentrum gemeint. Wir werden demnächst in „echo der arbeit“ ausführlich darüber berichten. Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen (Bild unten) wurden in provisorischen Räumen in Angriff genommen.



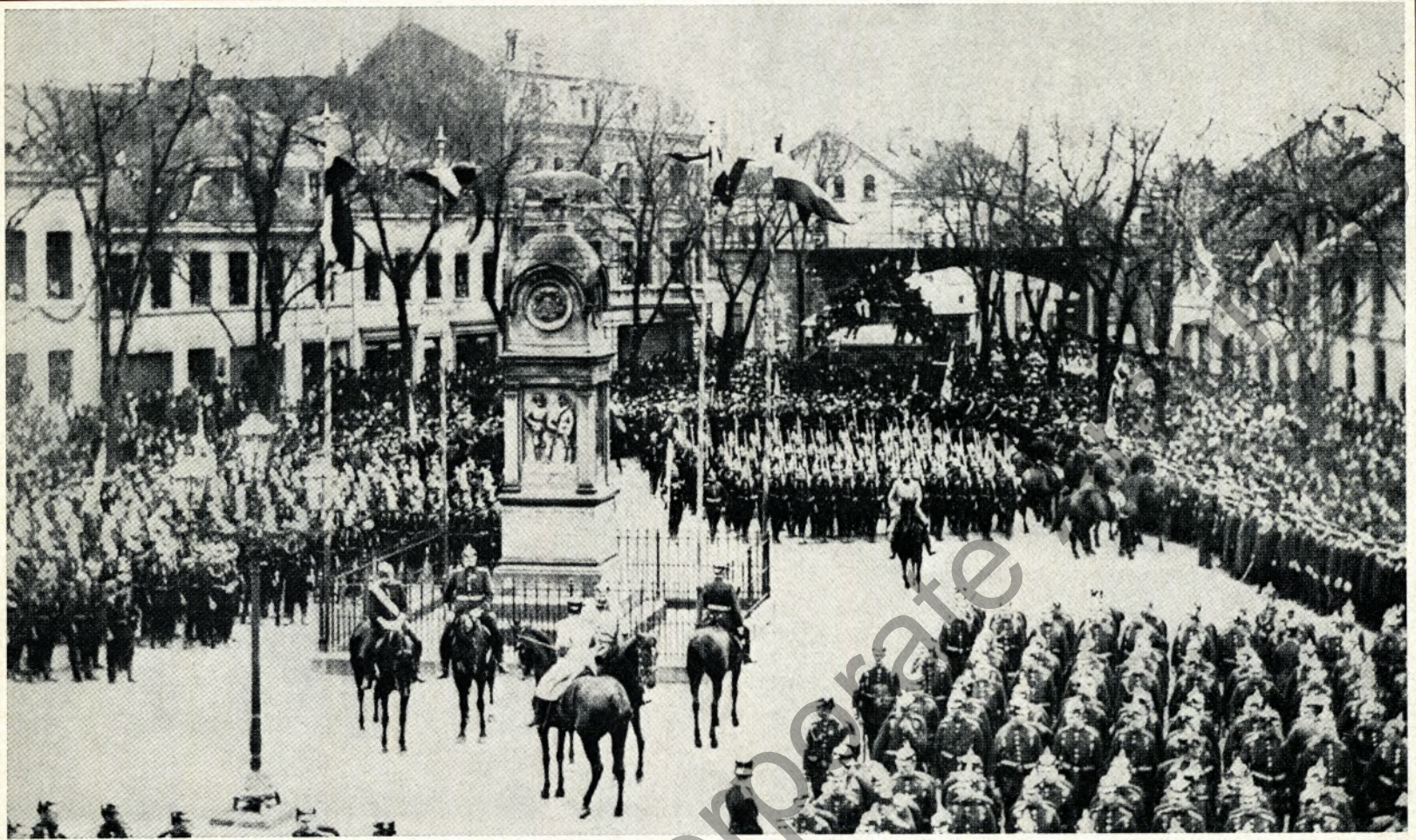
Im Rahmen der diesjährigen Verkehrssicherheitstage sind von der Polizei auch auf unseren Parkplätzen wieder Autos und Zweiradfahrzeuge überprüft worden (Bild rechts). Hier das Ergebnis: Bei den Pkw gab es mit 6,9 Prozent „aufgefallenen“ Wagen erheblich weniger zu beanstanden als 1967 mit 10,3 Prozent. Bedenklich ist es dagegen mit den Zweirädern. Während 1967 als nicht völlig verkehrssicher 16,2 Prozent registriert wurden, waren es in diesem Jahr schon 21,3 Prozent!



Die lange Liste der deutschen Fußball-Meister in Gelsenkirchen-Schalke ist um einen Namen reicher geworden: Kurt Stoecke (Bild links). In Braunlage gewann der Achtzehnjährige den Titel. Nicht auf grünem Rasen. Bester deutscher Jugendlicher der Tischfußballer wurde er. Der kaufmännische Gelsendraht-Lehrling im dritten Jahr kickert seit beinahe vier Jahren. Er fand bald keinen Gegner mehr in Gelsenkirchens Jugendheimen und Gaststätten, der ihm das Wasser reichen konnte. Nach Wanne-Eickel zog es ihn. Hier gibt es den starken Club „Legat“, der ihn nun auch zur Meisterschaft nach Braunlage geschickt hat. Genau 175 Kontrahenten

traf Kurt Stoecke hier an. In fünfzehn Spielen landete er zwölf Siege und war damit in der Gesamtwertung der Senioren Zwölfter geworden. Die beiden Jugendlichen, die in diesem Feld am besten abgeschnitten hatten, traten zum Titelkampf ihrer Altersklasse gegeneinander an. Der Mindestgegner unterlag mit 4:6 gegen den Schalker, der sein Training in der Freizeit so ernst nimmt wie seine Bundesliga-Kollegen vom FC 04. Das Tisch-Kickern soll bald salonfähig werden. Im Juni werden nun auch Westfalen-Meisterschaften ausgetragen. Es ist selbstverständlich, daß auch Kurt Stoecke mitmachen wird.

Die gute alte Zeit war auch nicht ruhig



Politische Unruhe beherrscht heute unsere Welt — im großen wie im kleinen. Muß das sein? wird oft gefragt. Warum geht nicht alles mit der Ruhe wie in der guten alten Zeit?

Halt! Hier sind wir auf dem Holzwege. Ein Blick in die Zeitungen aus der Zeit um die Jahrhundertwende beweist uns das. So wird zum Beispiel vermeldet, daß die Berliner Polizei alles getan habe, um sozialdemokratische Kundgebungen zu unterdrücken. Und im Reichstag ging es nach den Zeitungsberichten ausgesprochen turbulent zu. Hier stand eine Militärvorlage zur Diskussion, nach der die Friedens-Präsenzstärke des Heeres heraufgesetzt und die zweijährige Dienstpflicht für Fußtruppen eingeführt werden sollte. Es kam zu Skandalszenen, die alles Bisherige übertrafen, und die „wörtlichen Beleidigungen“ gingen um ein Haar in Tötlichkeiten über. Reichskanzler von Caprivi behauptete, daß es um die Zukunft und die Existenz Deutschlands gehe.

So lag die Auflösung des Reichstages in der Luft, sie wurde täglich erwartet, und diese Hochspannung beherrschte das politische Bild. Bei der Zweiten Lesung der Vorlage erklärte der Abgeordnete Bebel, auch die Sozialdemokraten könnten nicht dulden, daß Deutschland etwa von einem auswärtigen Feind angegriffen würde, der deutsche Gebiete erobern wolle. Nur wenn Deutschland in seinem vollen Umfang erhalten bliebe, sei es ihm möglich, seine Kulturaufgaben zu erfüllen.

Jenseits des Ozeans wurde am 1. Mai in Chicago die Weltausstellung eröffnet. Durch Knopfdruck setzten sich wie von Zauberhand Maschinen und Springbrunnen in Bewegung, Artilleriesalven dröhnten, die Glocken läuteten, und die Besucher brachen in Halleluja-Rufe aus. Es war ein großes Fest.

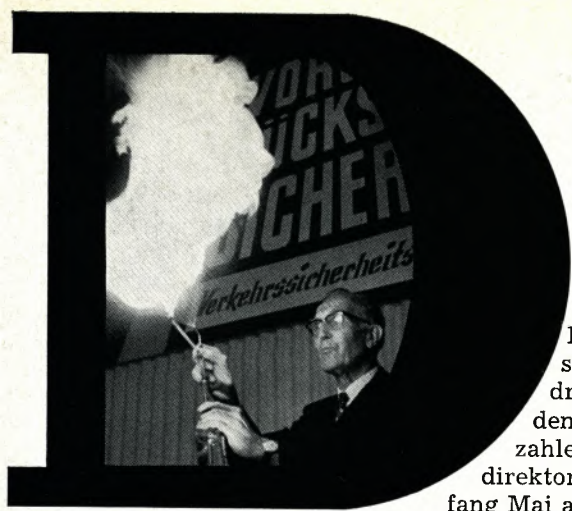
Aber mit den technischen Wundern kam auch die Teuerung, und die Besucher klagten. Ein deutscher Schlachtenbummler berichtete

nach Hause: „Seit drei Tagen suche ich vergeblich eine Unterkunft, die ein Europäer bezahlen kann. Die Hotels kosten wenigstens sechs Dollar pro Nacht. Der Ausstellungsplatz selbst ist zur Eröffnung noch so unfertig, als finde die Weltausstellung erst in Monaten statt, und der Jackson-Park gleicht einem Goldsucher-Lager. Ganz eilig zusammengeschweißte Hotels brechen zusammen, glücklicherweise noch ehe sie bezogen werden.“

Das Zarenreich hatte die kaiserlich-russischen Diamanten zur Ausstellung geschickt, aber das Paket kam in Chicago leer an. Die Zollbeamten versiegelten es wieder und erstatteten dem russischen Konsulat Anzeige. Es blieb offen, ob die Diamanten die Reise überhaupt angetreten hatten. So war das große Ereignis „von allerlei Übel beschattet“, wie die Chronisten zu vermelden wußten.

In München hatte man in diesen Tagen geringeren Ärger. Man machte sich Sorgen um den Gesundheitszustand des Königs Otto von Bayern. Trotzdem gab es auch eine Gaudi: Ein Hafner machte sich öffentlich anheischig, am Sonntag zwischen neun und elf Uhr eine Wette auszutragen, nach der er sich verpflichtete, in zwei Stunden 42 Weißwürste zu essen.

Mögen sie ihm bekommen sein. Unruhe und Protest richteten sich hier nur gegen das „Neumodische“, wodurch die „guten alten Sitten“ immer mehr gestört wurden. So wurde eine Volksprotest-Versammlung gegen das Reichs-Seuchen-Gesetz veranstaltet, bei der man gegen „solchen Firlefanz wie Hygiene“ auf die Barrikaden stieg. Solche Faxen konnten ja nur aus Preußen kommen, und das allein schon war ein Ärgernis. Während die Reichsregierung in ihren Grundfesten erschüttert wurde und der Reichstag vor der Auflösung stand, richtete sich der bayerische Volkszorn gegen eine Revolutionierung des Kloakenwesens. Auch damals waren also die Wege des Protestes nicht immer verständlich.



Die Schutzmaßnahmen gegen Arbeitsunfälle sind bei der HOAG noch wirksamer geworden. Das drückt sich deutlich in den sinkenden Unfallzahlen aus. Wie Arbeitsdirektor Friedel Kübel Anfang Mai auf der Arbeitstagung der HOAG-Sicherheitsbeauftragten vor rund 300 Teilnehmern mitteilte, ist die Zahl der meldepflichtigen Unfälle 1967 um 16 Prozent auf 644 gegenüber 762 im Jahr 1966 zurückgegangen. Die monatliche Unfallquote, bezogen auf 1000 Beschäftigte, die 1966 noch bei 5,0 gelegen habe, sei 1967 auf 4,5 gesunken. Kübel betonte, daß die HOAG damit auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit einen Stand erreicht habe, der positiv aus dem Rahmen der anderen vergleichbaren deutschen Werke herausragt.

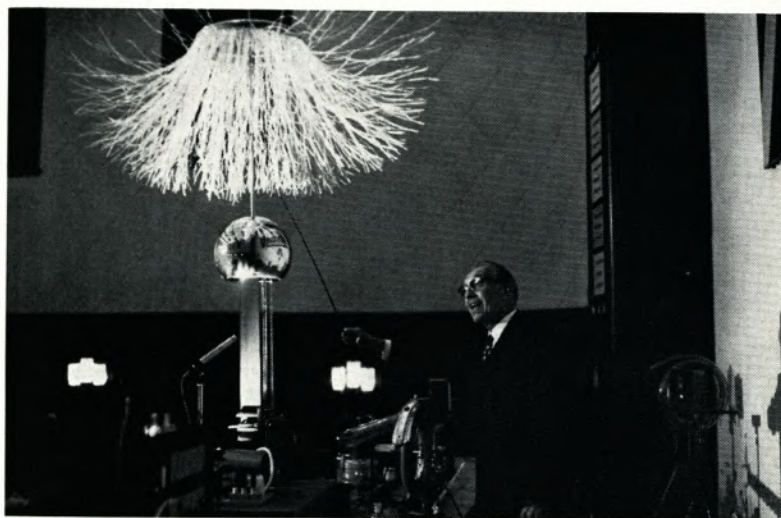
Für dieses Ergebnis dankte der Arbeitsdirektor allen Belegschaftsangehörigen, vor allem jedoch den Sicherheitsbeauftragten. Zum Abschluß seiner Ausführungen appellierte Kübel an alle Anwesenden, den günstigen Stand der Unfallstatistik nicht als optimales Ergebnis anzusehen, sondern verstärkt zu versuchen, auch die letzte Unfallmöglichkeit auszuschließen.

Welche unbekannten Gefahren unter anderem durch elektrostatische Aufladungen in den Betrieben lauern, zeigte Dipl.-Ing. Gerhard Schulze aus Bochum im zweiten Teil der Veranstaltung. Wie ein Zaubermeister führte er Effekte vor, die selbst alten und erfahrenen Sicherheits-Ingenieuren neu waren.

Schulze erläuterte zunächst den Begriff der statischen Aufladung und machte sie an einem Bündel von Perlonfäden mit Meßgeräten sichtbar. Wie stark eine solche Aufladung sein kann, demonstrierte Schulze an sich selbst. Nachdem er sich durch das Ausziehen seines Pullovers statisch aufgeladen hatte, zündete er mit der Entladung seiner Fingerspitzen einen Azetylenbrenner. Mit solchen und ähnlichen Tricks bewies Schulze zwei Stunden lang, wie wichtig es ist, vorsichtig zu sein, Gefahren zu erkennen und zu wissen, wie man sie beseitigt. Denn: Wenn es knallt, ist es zu spät!



Wenn es
knallt
... ist es zu spät



Lohnerhöhung: Die HOAG-Belegschaft soll schnell in den Genuß der Lohn- und Gehaltserhöhungen kommen, die in dem am 6. Juni vereinbarten neuen Tarifvertrag für die eisenschaffende Industrie vereinbart worden sind. Deshalb ist vorgesehen, die erhöhten Bezüge für die Tarif-Angestellten und Monatslöhner schon Ende Juni und für die Lohnempfänger beim nächsten Lohnzahlungstermin am 12. Juli auszuzahlen.

Minderheitenschutz: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände haben sich vor dem Arbeitsausschuß des Bundestages übereinstimmend gegen einen Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion ausgesprochen, der eine Verstärkung des Minderheitenschutzes im Betriebsverfassungsgesetz vorsieht. In einer öffentlichen Anhörung äußerten Sprecher des DGB und der Bundesvereinigung die Ansicht, daß der Entwurf radikalen Gruppen die Möglichkeit gebe, im Betriebsrat Fuß zu fassen. Dagegen forderten die Deut-

Kurz berichtet

sche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) eine Verstärkung des Rechts der Minderheitengruppen.

Todesursachen: Häufigste Todesursachen in der Bundesrepublik sind nach den Berechnungen des Deutschen Industrieinstituts nach wie vor die Herz-, Gefäß- und Kreislaufkrankheiten. Ihr Anteil hat sich von 1960 bis 1966 von 38,9 auf 40,8 Prozent erhöht. An zweiter Stelle stehen die Wucherungskrankheiten mit 19,8 Prozent (1960 = 18,0 Prozent). Gestiegen ist auch der Anteil der tödlichen Kraftfahrzeugunfälle (2,4 auf 2,9 Prozent) und der Selbstmorde (1,9 auf 2,2 Prozent). Dagegen ist der Anteil von Tuberkulose gesunken (von 1,6 auf 1,2 Prozent).

Arbeitsmedizin: Die Europäische Kommission wird nach dem verwaltungsmäßigen Vollzug der Fusion eine besondere Abteilung für Fragen der Arbeitsmedizin einrichten. Zu kritischen Äußerungen eines Bundestagsabgeordneten in einer schriftlichen Anfrage über betriebsärztliche Dienste wies die Kommission jedoch darauf hin, daß ihr bisher trotz Aufforderung nur die Angaben zweier Mitgliedsstaaten aus diesem Bereich vorliegen.

Vorbeugung: Auf der Frühjahrstagung des „Verbandes deutscher Werksärzte e. V.“ haben sich in Hamburg etwa 900 Mediziner mit der psychologischen und medizinischen Vorbeugung gegen Gesundheitsschäden im Betrieb befaßt. Dabei wurde erklärt, daß nicht

die Arbeit an sich krank macht, sondern nur widrige Bedingungen, unter denen sie oft ausgeführt werden muß. Dazu erklärte ein Werksarzt: „Wir haben oft die Erfahrung gemacht, daß man die Probleme der Vorgesetzten lösen muß, um die Mitarbeiter gesund zu machen.“ Danach hieß das Motto also: „Schickt erst einmal den Chef zum Arzt!“

Verbesserungsvorschläge: Wer jetzt seine Ideen zu Papier bringt und einreicht, hat die Chance auf einen zusätzlichen Gewinn. Wie bereits mit einer Plakataktion angekündigt, ist für Verbesserungsvorschläge, die in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September dieses Jahres eingereicht werden, eine Auslosung von Sonderprämien vorgesehen. Zusätzlich zu den Verbesserungsprämien sind einmal 400 DM, zweimal 200 DM und zweimal 100 DM zu gewinnen. Die Verlosung findet unter Teilnahme des Bewertungsausschusses für Verbesserungsvorschläge statt. Vordrucke für Ihre Vorschläge können Sie bei den Pfortnern erhalten.

Trampelpfade quer durchs Grün

„Der Rasen vor dem Portal ist das Spiegelbild der Bewohner des Hauses.“ Diese kühne Behauptung wurde von einer bekannten Gartenbauarchitektin aufgestellt. Die Dame stammt von den britischen Inseln, wo die Rasenpflege eine Art nationaler Kult ist. Es ist nicht bekannt, wie und bei welcher Gelegenheit die Lady zu ihrem Ausspruch inspiriert worden ist — jedenfalls war sie nie in Oberhausen.

So provokatorisch ihre Behauptung klingt, so sehr zwingt sie auch zum Nachdenken. Erst recht in einer großen Industrie-

stadt, wo jedes grüne Fleckchen Gold wert ist — erst recht, wenn man die Erfahrung der „rasen-weisen“ Britin überträgt auf die HOAG-Siedlungen an den „Drei Knappen“ oder der „Alten Heid“, an der „Königsberger Straße“ oder in Dümpten.

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit am Arbeitsplatz sollten eigentlich selbstverständlich sein. Jährliche Aktionen und Wettbewerbe zeigen, daß es nicht so ist, ebenso wenig wie Ordnung und Sauberkeit in den Grünanlagen rund um die Häuserblocks der Wohnungsbauges-

ellschaft Dümpten, in denen gut 5000 Familien wohnen.

Fünftausend Familien, im Durchschnitt je drei Köpfe stark, das ergibt nach Adam Riese 15 000 Menschen mit 15 000 verschiedenen Ansichten, Meinungen, Liebhabeereien. Seltene Phänomene sind deshalb nicht ausgeschlossen. Es kommt vor, daß Mieter mit Hingabe die Geranien in den eigenen Blumenkästen vor den Fenstern pflegen und draußen, wie es scheint, mit ebensolcher Hingabe Trampelpfade durch die Rasenflächen treten oder die Gehölzgruppen vor der Haustür roden. Bewußt oder unbewußt wird hier eine klare Trennung zwischen privatem Besitz und gemieteten „Nebensächlichkeiten“ gezogen. Die Frage „Wie würden sich die Leute benehmen, wenn es eigene Grünanlagen wären?“ dürfte sich wohl anhand des folgenden Beispiels am besten beantworten lassen.

In einer süddeutschen Gemeinde fehlte es den Stadtvätern unlängst an finanziellen Mitteln, die Anlagen rund um das städtische Gymnasium zu erneuern. Schüler und Eltern bliesen zu einer Aktion und

sammelten das nötige Kleingeld. Aber sie trieben nicht nur die erforderliche Summe auf, sondern säten auch in Selbsthilfe den Rasen und setzten Stauden und Sträucher ein.

Eine bewundernswürdige Leistung? Gewiß. Aber noch bewundernswürdiger wird die Sache wenn man hört, daß fortan nicht ein Schüler des betreffenden Gymnasiums auch nur einen Ast knickte oder über den Rasen latschte.

Ein Kommentar erübrigt sich. Die Wohnungsbaugesellschaft Dümpten hat rund 477 000



Nach der Betriebsratswahl am 23. April hat sich im Gelsenkirchener Werk jetzt der neue Betriebsrat konstituiert. 1. Vorsitzender wurde Willi Voß, im Bild links; stellvertretender Vorsitzender Alfons Lilienthal, im Bild rechts. Zum 1. Schriftführer wurde Albert Schreiber gewählt, zum 2. Schriftführer Anton Lowitz und zum 3. Schriftführer Bernhard Lipinski.

Hier die Neubesetzung der Ausschüsse:

Betriebs-Personalausschuß: Voß, Markuse, Waschkowitz, Kraska, Lilienthal, Lowitz.

Sozialausschuß: Ruhl, Lipinski, Choynowski, Hartmann, Hülsmann, Schreiber.

Wohnungsausschuß: Hülsmann, Waschkowitz, Lowitz, Siegmund, Michhöfer, Jaßner.

Unfallausschuß: Der gesamte Betriebsrat.

Lohnausschuß: Choynowski, Waschkowitz, Kraska, Siegmund, Michhöfer, Lipinski.

Neuer Betriebsrat in Gelsenkirchen



Gehaltsausschuß: Jaßner, Lilienthal, Hartmann.

Bewertungsausschuß: Lilienthal, Lipinski, Waschkowitz.

Jugendausschuß: Lilienthal, Siegmund, Ruhl, Markuse.

Presse-/Pensionsausschuß: Voß, Lilienthal.

Wirtschaftsausschuß: Voß, Jaßner, Michhöfer, Ruhl, Lipinski.

Die einzelnen Betriebsabteilungen werden durch folgende Kollegen vertreten: B. Hülsmann (Walzwerk), A. Schreiber (Mehrfachzug), A. Lowitz (Stahlzug/Nebenbetriebe, Härterei Werk I), B. Kraska (Kaltwalze/Stangenrichterei, Ölhärterei), A. Choynowski (Eisenzug/Nebenbetriebe), S. Siegmund (Seilerei), B. Lipinski (Baustahl, Härterei Werk III), J. Ruhl (E.-Werkstatt, Baubetrieb, Fahrbetrieb, Kettenfabrik), W. Markuse (Werkenschutz, Platz, Allgem. Betrieb), W. Michhöfer (Verzinkerei), H. Waschkowitz (mech. Werkstatt, Magazin, Schreinerei), J. Jaßner (kfm. Angest.), F. Hartmann (techn. Angest.), A. Lilienthal (kfm./techn. Angest.).



Quadratmeter Boden „unter dem Pflug“. Im letzten Geschäftsjahr wurden von ihr zur Pflege und Renovierung der Anlagen in und um die Siedlungen rund 170 000 DM aufgewandt. Umgerechnet ergibt das die beachtliche Summe von zirka 0,40 DM pro Quadratmeter Grün. Eine Tatsache, die sich anscheinend viele Mieter leider nicht klarmachen, wenn sie eine gewisse Art von „erwohnter“ Freiheit dazu benutzen, die Grünflächen zu ruinieren. Und nur die wenigsten der Sünder scheinen zu begreifen, daß sie sich damit selbst Schaden zufügen.

Jedermann weiß, daß man Kinder nicht festbinden kann, daß Kinder am liebsten da spielen, wo es nicht erlaubt ist.

So sind beispielsweise die Spielplätze in den Siedlungen kaum ausgenutzt, obwohl sie mit genügend Spielgeräten ausgestattet sind. Diese Erfahrung und das Bemühen, vor allem Kleinkinder von dem heute lebensgefährlichen Spiel auf der Straße wegzubekommen, veranlaßte die WGD vor einem Jahr dazu, einen Teil der Rasenflächen als Spielwiesen frei-

zugeben. Man ließ sich dabei auch von dem Gedanken leiten, daß eine solche Entscheidung von den Mietern honoriert würde. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Die Spielwiesen wurden zum Müllplatz und zum Samstagnachmittag-Autowasch-Platz.

Ungeachtet dieser betrüblichen Entwicklung ist die WGD auch in diesem Jahr wieder bereit, Grünflächen als Spiel- und Liegewiesen freizugeben. Allerdings will man nicht mehr tatenlos zusehen, wie die Grünanlagen durch Mutwilligkeit oder Gleichgültigkeit ruiniert werden. Grün ist kein Luxus, auf den Bewohner von Industrie-Siedlungen verzichten könnten. Es dient nämlich nicht nur der Schönheit, sondern in erster Linie der Erholung und Gesundheit. Daher der Appell der WGD an alle ihre Mieter: Unterstützt die Bemühungen der Gärtner. Bleibt auf den Wegen und klopft den lieben Kleinen ruhig einmal auf die Finger, wenn sie die gerade erst gepflanzten Sträucher und Bäumchen zerstören! Dann würden sich die hier angesprochenen Probleme schnell in nichts auflösen.

DIE HOAG IM SPIEGEL DER PRESSE

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In der letzten Hauptversammlung des Unternehmens vor dem beantragten Zusammenschluß der HOAG mit der Thyssenhütte erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende Curtius, es könne damit gerechnet werden, daß die Zusammenschlußgenehmigung innerhalb der nächsten vier Wochen fallen und daß sie positiv lauten werde... Curtius vertrat den Standpunkt, wenn die durch die HOAG erweiterte Thyssen-Gruppe als großer Koksverbraucher zwei der leistungsfähigsten deutschen Bergwerke (nämlich die HOAG-Bergwerke) mit guter Kokskohle erhalte, so könne man „ruhig schlafen“, weil die Thyssen-Gruppe dann bei politisch hochgehenden Wellen auf den Transport von Kohle über See nicht angewiesen sei. Das für den Bergbau zuständige Vorstandsmitglied Haniel erklärte, die Vorteile für den HOAG-Bergbau aus der Fusion seien auf lange Sicht vor allem in der Lieferung von Roheisen an Thyssen zu sehen. Zur Zeit könne niemand mit Sicherheit sagen, ob es zu einer Einheitsgesellschaft kommen werde und wie groß diese gegebenenfalls sein werde oder ob sich mehrere Bergbaugruppen bilden... (17. Mai 1968)

DIE WELT
CHRONIK DER TATGESCHICHTE DER DEUTSCHEN

Ein Plädoyer für die Einheitsgesellschaft des Steinkohlenbergbaus der Ruhr auf freiwilliger Basis hielt Otto-August Siering, Vorstandssprecher des Hüttenwerks Oberhausen AG (HOAG), Oberhausen, auf der HV des Unternehmens. Die im Thyssen-Bereich mögliche Zusammenfassung des Bergbaus hat nach Siering die im Kohleanpassungsgesetz angestrebte Unternehmensgröße. Dennoch sei die Einheitsgesellschaft für den Bergbau die wirtschaftlichste, für den Bergmann die sozialste und für die öffentliche Hand die billigste Lösung... (17. Mai 1968)

Handelsblatt
DEUTSCHE WIRTSCHAFTSZEITUNG • VEREINIGT MIT
Deutsche Zeitung

„Möge die HOAG das beste Pferd im Stalle Thyssen werden“, so schloß der AR-Vorsitzer der Hüttenwerke Oberhausen AG (HOAG), Wolfgang Curtius, seine Rede in der gut besuchten HV. Curtius betonte, daß es falsch sei, anzunehmen, daß sich die Familie Haniel leicht von der Hütte Oberhausen trenne, mit der sie über 160 Jahre verbunden sei. Aber, in dem Bewußtsein: „einen besseren find'st Du nit“ habe man sich mit der ATH verbunden, nachdem man sich manche Partie überlegt habe... Entgegen anderslautenden Gerüchten erklärte Curtius, daß das Hüttenwerk Oberhausen nicht als Quote verkauft und die Menschen und „verkörperten Werte“ einfach ihrem Schicksal überlassen würden. In Oberhausen werde weiter gearbeitet, wenn es auch, um die vorhandenen Rationalisierungsmöglichkeiten auszuschöpfen, Veränderungen, Umdispositionen und auch Stilllegungen geben wird... (17. Mai 1968)

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE
WAZ
Wöchentliche Tageszeitung
Höchste Auflage im Ruhrgebiet

Wie schon Udo Hartwig, so ging auch stellvertretender HOAG-Betriebsratsvorsitzender Bernhard Böhmer in der Hauptversammlung der Hüttenwerksaktionäre auf die Frage ein, was aus der Metallurgie bei HOAG wird, sobald der Zusammenschluß perfekt ist... Direkt an

Bernhard Böhmer gewandt, meinte Curtius: „Wir haben den Unterton in Ihren Worten gehört, und wir glauben auch Verständnis dafür zu haben, was die Männer bewegt. Wie lange hier Metallurgie betrieben werden wird, darauf vermag niemand eine Antwort zu geben. Jetzt rückt die Oberhausener Hütte mit ihrer Forschung und Erfahrung wieder nach vorn... (18. Mai 1968)

Die HOAG hat Ende der vergangenen Woche mit dem Bau des Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungszentrums an der Essener Straße begonnen. Das nach modernsten Erkenntnissen geplante Zentrum — die Planungsaufgabe ist Prof. Dübbers, Berlin, dessen Name als Architekt auch mit dem neuen Forschungsinstitut verbunden ist, übertragen worden — läßt nach Fertigstellung wesentliche Impulse für die Mobilität der Hüttenwerks-Betriebsangehörigen erwarten. Noch verdeckt ein langer Bauzaun an der Essener Straße einen Teil des Baugeländes, auf dem sich einmal das Ausbildungszentrum erheben wird... (14. Mai 1968)

NEUE RUHR ZEITUNG

Was auf der Messe in Hannover die Fachleute lobend beachteten, scheint sich jetzt auch in der Praxis mehr und mehr durchzusetzen: die witterungsbeständigen Sonderstähle der HOAG, bekannt unter den Namen COR-TEN und Patinax 37... Das Hüttenwerk ist jedoch nicht die einzige Stahlküche auf dem Sektor der witterungsbeständigen Baustähle geblieben. Hoesch, Rheinstahl und Mannesmann beschäftigen sich ebenfalls seit jüngster Zeit intensiv mit dem zukunfts-trächtigen Material. Dabei ist zu bemerken, daß die Erfahrungen der HOAG noch dominieren... Wie schnell aber Marktlücken geschlossen werden können, scheint man auch bei dem Oberhausener Hüttenunternehmen verstanden zu haben. „Know how“ ist gut, aber „Know how“ in Verbindung mit Verkauf ist weit besser. In diesem Licht muß eine neue Informationsschrift gesehen werden, die unter dem Titel „der besondere stahl“ für eine gezielte Werbung und für den echt interessierten Verbraucher gemacht wurde. (1. 6. 68)

GELESEN NOTIERT

HOAG stellt wieder ein: Im Zuge der allgemeinen Besserung der Beschäftigungslage stellt die HOAG auch auf der Arbeiterseite wieder Arbeitskräfte ein. Interessenten werden gebeten, sich über Arbeitsanforderungen, Lohn- und Sozialfragen bei der Personalabteilung für Arbeiter zu informieren. Das Büro befindet sich an der Essener Straße 66, Eingang Tor 2. Die Geschäftszeiten: montags bis freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr sowie von 14.00 bis 16.00 Uhr und samstags von 8.00 bis 14.00 Uhr. Telefonische Auskünfte unter den Durchwahl-Nummern 24 68 — 43 45 / 44 07 / 21 47.

Halbtagsarbeit: Hausfrauen, also auch Ehefrauen von Belegschaftsangehörigen, bietet sich jetzt eine gute Möglichkeit zu einer Nebenarbeit, sofern Zeit und Lust vorhanden sind. Die HOAG sucht nämlich Bürokräfte für Halbtagsarbeit, und zwar ganz nach Wunsch für vor- oder nachmittags. Voraussetzung: Verwertbare Kenntnisse in Steno und Schreibmaschine. Interessentinnen werden gebeten, sich bei der Personalabteilung für Angestellte zu melden. Bitte verlangen Sie die Durchwahlnummern 24 68 / 41 39 oder 24 68 / 43 39.

Schulungsprogramm: Seit Anfang Mai läuft bei der HOAG die Umschulung von 24 angelesenen Arbeitern aus der Produktion zu Betriebsschlossern (18) und Hüttenfacharbeitern (6). Ferner ist geplant, 28 angelesene Schlosser in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Oberhausen zu Betriebsschlossern auszubilden. Dabei soll die HOAG den praktischen, die Volkshochschule den theoretischen Teil der Ausbildung übernehmen. Begonnen hat ferner seit Anfang Juni für insgesamt 78 Mitarbeiter im Blechwälzwerk die „Qualitätsschulung“ für Erste Leute. Sie wird auch auf Meister ausgedehnt werden. Am 1. August beginnt erstmalig eine zweieinhalbjährige Ausbildung von mathematisch-technischen Assistenten, und zwar in Verbindung mit der ATH und Mannesmann.

Immer diese Minimädchen



Aber es ist doch nur Miniwäsche, Herr Direktor

